



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa., Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4590

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.00 M., bei Plaworücktritt 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. **Reklame-Kolonelleile** 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721 **Schluss** der Inseraten-Annahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Ergebnis der Berner Konferenz.

Bern, 8. Dezember. (W. L. B.) Die Internationale sozialistische Vorkonferenz hörte heute zunächst die Berichte über die Lage des Sozialismus in den einzelnen Ländern an und trat dann in die Debatte über die Schaffung einer Internationale der revolutionären sozialistischen Parteien ein. Hierauf wurde eine Kommission eingesetzt, die den Entwurf einer Kundgebung an das sozialistische Proletariat aller Länder ausarbeiten und morgen der Konferenz vorlegen soll.

Bern, 7. Dezember. (W. L. B.) Die sozialistische Vorkonferenz hat ihre Arbeiten beendet. Sie hat beschlossen, für den 22. Februar eine internationale sozialistische Konferenz nach Wien einzuberufen mit der Tagesordnung: Der Imperialismus und die soziale Revolution; Methoden und Organisation des Klassenkampfes; der internationale Kampf gegen die Gegenrevolution.

Beilegung der polnischen Regierungskrise?

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Korrespondent der Volkszeitung aus Warschau teilt in einem längeren Bericht über die Friedensstimmung in Warschau folgendes mit: „Aus der Domböki-Krise hat man den Ausweg gefunden. Domböki bleibt vorerst als Delegiertenführer und die von Domböki und dessen Freunden hart bekämpfte Sejm-Kommission begibt sich nach Niga, aber nicht als Mitglied der polnischen Friedensdelegation, sondern nur gleichsam als Teilnehmer die zwar Sitz haben, aber keine Stimme. Allerdings ist dieser Ausweg noch immer nicht ganz sicher, denn von nationalpolnischer Seite wird noch immer eine schneidende Attade gegen Domböki geritten, mit der man natürlich nicht so sehr diesen, als die ihn bedingende Regierung treffen will. Aber im Ministerrat herrscht eine unverkennbare Friedenslust, und zwar nicht nur innen, sondern auch außenpolitisch. Worte von Kompromissen und europäischer Arbeitsgemeinschaft, die ich bisher aus maßgebendem Munde nie zu hören bekam, werden jetzt mir gegenüber nicht nur ausgesprochen, sondern mit besonderem Nachdruck betont.“

Die Einigung im Fiume-Konflikt.

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Lokalanzeiger meldet aus Rom: Der Fiume-Konflikt ist gelöst. Die Legionäre räumen die Inseln Veglia und Arbe, wogegen Italien die von d'Annunzio entworfene Verfassung des Quarnero-Staates anerkennt und in bezug auf die Begrenzung des Hafengebietes von Fiume gegenüber Südbawien für die Linie d'Annunzios eintritt, die einzelne angrenzende Bezirke einschließt.

Rom, 8. Dezember. (L.-M.) Dem Temps zufolge versuchten aufständische Elemente in Zara Unruhen zugunsten der Befehlung von Sebenico und Spalato ins Werk zu setzen. Die italienische Regierung entsandte zahlreiche Karabinieri und Gendarmen nach Zara. Die Gerüchte, daß Freischützer d'Annunzios in Zara gelandet seien, werden dementiert.

Der Sieg der Monarchisten in Griechenland.

Athen, 7. Dezember. Die Volksabstimmung in Athen ergab 99 Prozent für und ein Prozent gegen die Rückkehr des Königs Konstantin. Die Zahl der Stimmhaltungen ist ganz unbedeutend. Die Straßen sind geflaggt, und es herrscht eine feierliche Stimmung.

Paris, 7. Dezember. König Konstantin erklärte dem Matin, er werde jedenfalls anfangs kommender Woche nach Griechenland zurückkehren. Die englische Regierung habe erklärt, sie zähle darauf, daß Griechenland seine Arbeiten in Kleinasien fortsetze. Auch er zähle darauf, Griechenland werde sein Werk in Kleinasien fortsetzen und nicht aufgeben, was der Vertrag von Sevres ihm zuspreche.

Athen, 6. Dezember. (Havas.) Einer von dem griechischen Ministerpräsidenten Kallits heute erlassenen Kundgebung zufolge wird die Regierung in ihrer Antwort auf die Erklärung der Alliierten diese bitten, sich über die von ihnen erhobene Forderung betreffend die angebliche Monarchie König Konstantins und Ententeindlichkeit Griechenlands näher zu äußern. Er begreife die Haltung der Entente nicht, da Griechenland sich zur Erfüllung aller seiner Verpflichtungen bereit erklärt habe.

Die ungarischen Königsmacher an der Arbeit

Budapest, 8. Dezember. (L.-M.) Die Times melden aus Budapest: Die ungarischen Regierungsvertreter haben sich in namentlicher Abstimmung am Sonntag mit Vierfünftelmehrheit für die Wiedererrichtung der Monarchie mit Erzherzog Joseph als König ausgesprochen. Die Regierung bereite eine Note vor, in der das Ergebnis der Abstimmung der Vorkonferenz in Paris unterbreitet werden soll.

Beschwerden der Alliierten über deutsche Ministerreden.

Berlin, 7. Dezember. Dem Minister des Reichens sind gestern von dem englischen und französischen Vorkonferenzmitgliedern und von dem belgischen Gesandten drei im Wortlaut übereinstimmende Noten übergeben worden, in denen über die Reden des Reichskanzlers und Außenministers im besetzten Gebiet Beschwerde erhoben wird. Die Noten werden dem Reichskabinett zur Stellungnahme vorgelegt.

Die Leitung der vereinigten K. P. D.

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Als Vorsitzende der Zentrale der vereinigten K. P. D. wurden einstimmig nach Mitteilung der Internationale gewählt: Levi und Ernst Käutig, zu Sekretären: Alata Jettin, Koenen, Brandler, Stoeter, Pies, Braj, Kemmels, als Beisitzer: W. Hoffmann, Thalheimer, Curt Geier, Hefert und Häbel. Die Revisionskommission bilden: Fritz Geier, Wignath-Berlin, Fricke-Röhm, Peters-Berlin und Döhrner-Halle. Zur Leiterin des Frauensekretariats wird Beria Braunthal bestimmt. Da die Bezirke keine Möglichkeit hatten, von ihrem Vorschlagsrecht zum Zentralauswahl schon diesmal Gebrauch zu machen, werden die von den Delegierten der einzelnen Bezirke vorgeschlagenen 38 Mitglieder des Zentralauswahl vom Parteitag bestätigt.

Amerikas Stellung zum Frieden von Versailles.

Paris, 6. Dezember. Senator Mac Cormick (Illinois), der die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Frankreichs und Mitteleuropas prüfen soll und soeben in Calais eingetroffen ist, erklärte einem Mitarbeiter des Welt Pariser, er halte es für wahrscheinlich, daß der Kongress eine Entschliebung annehmen werde, wonach der Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland hergestellt werden solle. Durch einen solchen Schritt würden die Vereinigten Staaten sich den Vertrag von Versailles zu eigen machen, soweit er ein Werk des Friedens darstelle, in der Erwartung, daß der amerikanische Senat die Politik der Vereinigten Staaten diesem Vertrag gegenüber festlege. Dabei werde der unabänderliche Gesichtspunkt jeder amerikanischen Politik — Wahrung der Verfassung und der eignen Interessen — nicht aus dem Auge gelassen werden.

Paris, 6. Dezember. Wie Chicago Tribune aus Washington meldet, wird die republikanische Partei im Kongress eine Resolution einbringen, nach der die Kriegsgesetzgebung aufgehoben werden soll. Wenn die Resolution angenommen wird, was für sehr wahrscheinlich gilt, wird Präsident Wilson automatisch eines großen Teils seiner Vollmachten, darunter des Kontrollrechts über die Rohstoffe, beraubt werden.

Vertagung des spanischen Generallstreiks.

Madrid, 8. Dezember. Die von den Arbeitersyndikaten beschlossene Anlage des Generallstreiks ist bis auf weiteres verschoben worden. In Verhandlungen mit den anderen sozialistischen Verbänden soll die gegen die Unterdrückung der syndikalistischen Bewegung einzuleitende Protestaktion endgültig festgesetzt werden.

Ueber die bereits ausgebrochenen lokalen Streiks wird berichtet:

Madrid, 7. Dezember. Hier herrscht wieder Ruhe. Die Lage in Sevilla und Saragossa ist unverändert. In Barcelona arbeiten nur Bäcker und Fleischer.

Madrid, 6. Dezember. Die Polizei unterdrückte die Abhaltung der für den gestrigen Sonntag von den Syndikalisten geplanten Versammlungen.

Bevölkerungsrückgang in Sowjet-Rußland.

O. E. Helsingfors, 2. Dezember. Aus dem Material, das die große allgemeine Volkszählung und wirtschaftliche Bestandsaufnahme erbracht hat, welche die Sowjetregierung im Herbst dieses Jahres durchgeführt hat, werden nimmehr, nachdem es seither durchgearbeitet worden ist, einige vorläufige Ergebnisse bekannt. Danach ist die Bevölkerung während des Krieges und der Revolution um ein Zehntel gesunken. Die Sterblichkeit ist gestiegen, die Geburtenziffer zurückgegangen. Die Bevölkerung der Städte ist durchschnittlich um 40 Prozent gesunken, diejenige Moskaus um 45 Prozent und die Petersburgs um 71 Prozent. Die Bevölkerung der Dörfer ist indessen fast unverändert geblieben, obwohl Millionen aus dem Kriege nicht zurückgekehrt sind.

Das Ueberschichtenabkommen im ober-schlesischen Bergbau.

Kattowich, 7. Dezember. Das Ueberschichtenabkommen in der ober-schlesischen Berg- und Hüttenindustrie ist am Sonnabend unterzeichnet worden.

Beuthen, 8. Dezember. Von den durch die Ueberschichten gebildeten Kohlen soll ein Drittel nach der Tschechoslowakei gehen und zwei Drittel Deutschland zugute kommen. Das Abkommen gilt für fünf Monate. Man rechnet für diese Zeit mit einer Mehrförderung von einer Million Tonnen.

Die kapitalistische „Sozialisierung“.

Die Tat des Siemenskonzerns bleibt natürlich nicht ohne Folgen. In bestimmtester Weise wird bereits berichtet, daß die AEG, das größte deutsche Elektrizitätsunternehmen, mit 550 Millionen Kapital in Verhandlungen mit der ober-schlesischen Montanindustrie zwecks Schaffung eines weiteren Elektromontanzweites steht. Hier sehen wir, wie eine Macht die andre treibt, wie sich die Notwendigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft mit Naturgesetzlichkeit abwickeln. Diese Notwendigkeit wird schließlich die britische Elektrogroßmacht, die Bergmann & Co., nötigen, mit der Montanindustrie Verbindungen zu suchen, zumal sich die beiderseitigen Bestrebungen und Interessen hindränglich begegnen.

Aber darauf beschränkt sich die jüngste Konzentrationsbewegung des Großkapitals nicht. Alles, was dafür an industriellen Unternehmungen, namentlich im westdeutschen Industriegebiet in Frage kommt, ist davon erfaßt — alles ist in Bewegung. Da ist an erster Stelle zu nennen die Gutehoffnungshütte, fast ausschließlichlicher Besitz der Familie Haniel. Sie begann während des Krieges mit der Angliederung eines Unternehmens der Feinverarbeitungsindustrie der deutschen Werk A.-G. in Hamburg, wobei allerdings auch die AEG und die Hapag beteiligt waren. In demselben Augenblick nun, wo die Interessengemeinschaft Siemens abgeschlossen wurde, festelte Haniel zwei weitere Unternehmungen der Fertigungsindustrie an sich: die Eplinger Maschinenfabrik und die Maschinenfabrik Augsburg-Münchener, die allein ein Kapital von 100 Millionen repräsentiert und vor einer Erhöhung steht. Ein weiterer Kristallisationspunkt im industriellen Westen ist der von Peter Klöckner geleitete Lothringerverein. Unter seiner Kontrolle steht bereits das große Geisweider Eisenwerk, die Angliederung der Hapag Eisen- und Stahlwerke, der Königsborn A.-G., der Georgs-Marlenhütte, der Mannhütte A.-G. und der Düsseldorf Drahtindustrie, also einer ganzen Reihe verschiedenartiger Unternehmungen, gilt als nahe bevorstehend. Klöckner hat weiter den größten Teil des Aktienbesitzes der Maschinenbauanstalt Humboldt, der Krefelder Stahlwerke, der Maschinenfabrik Rheinsand und der Hilsburger Hütte A.-G. in seiner Hand; ihr Anschluß an den Hauptkonzern ist nur eine Frage der Zeit und der Zweckmäßigkeit. Ein Geneser Klöckners sind die Gebrüder Stumm, die ebenso wie die Gebrüder Köchling systematisch den Aktienbesitz einer ganzen Reihe eisenindustrieller Unternehmungen an sich reißen und so natürlich das stärkste und sicherste Konzentrationssmittel besitzen.

Der allgemeine Konzentrationsprozeß läßt sich weiter verfolgen. Die AEG, welche im Begriff steht, sich mit der Montanindustrie zu verbinden, hat bereits selbst eine bedeutende Konzentrationsstätigkeit hinter sich. Auf die Deutsche Werk A.-G. in Hamburg verwiesen wir schon. Die AEG hat die Ketten- u. Gußstahle Carlswerk A.-G. in Rühlheim durch finanzielle Transaktionen an sich gefesselt, sie ist dadurch in enge Gemeinschaft gekommen zu dem luxemburgischen Montankonzern „Arbed“, sie hat weiter in Verbindung mit Auer, gerichtet gegen Bergmann, das Deutsche Glühampfenmonopol gegründet, sie hat Einfluß auf mehrere schwerindustrielle Unternehmungen Rheinsand-Westfalens und Oberschlesiens.

In der vielleicht am stärksten vertrautesten chemischen Industrie findet eben jetzt ein höchst bemerkenswerter Auscheidungssprozeß statt, der nur vor sich gehen kann insofern schon bestehender hochgradiger Konzentration. Der Antikonzern, umfassend die acht Großunternehmungen der chemischen Industrie, bildet seine Stützpunktunternehmungen zu einer besonderen G. m. b. H. mit 500 Millionen Mark Aktienkapital in dem. Der Konzern folgt hier Konzentration, freilich nur in dem Sinne daß das neue Unternehmen nur nach außen eine selbständige Existenz führt, in Wirklichkeit ein Teil des großen Antikonzerns bleibt, von dem es ins Leben gerufen wird, um die finanzielle Beweglichkeit der Hauptunternehmungen zu gewährleisten und Riesengewinne zu verschleiben. Und im Bankkapital verläuft derselbe Prozeß der Konzentrationsbewegung. Die Deutsche Bank erhöhte soeben ihr Aktienkapital von 275 auf 400, bei gleichzeitiger Auflösung zweier ansehnlicher Provinzialbanken, womit die Diskontogesellschaft und andre Großbanken um ein Beträchtliches weiter überflügelt werden.

Das sind nur die Hauptpunkte der gegenwärtigen Konzentrationsbewegung, die aber unverkennbar zeigen, daß es sich hier nicht um Einzelercheinungen, sondern um eine allgemeine Tendenz, um große Entwicklungslinien handelt. Wir haben schon einleitend auf die allgemeinwirtschaftliche Bedeutung dieser Vorgänge sowie auf ihren direkten Einfluß auf den revolutionären Klassenkampf hingewiesen. Die Hoffnung kommunistischer Illusionisten, daß der Kapitalismus bereits im Starrkampf liege, der zu einem schnellen Tod hinüberleitet, ist falsch, nicht zu bezweifeln.

Natur der kapitalistischen Wirtschaft im kräftigsten Gegensatz und wird blühend gestraft durch die außerordentlich planmäßige und intensive Konzentration, die unter unsern Augen vor sich geht. Der Kapitalismus strafft noch einmal seine Kräfte, nicht nur um den Mehrwert zu erhöhen, sondern auch um den Ertrag der Arbeit zu steigern, seine Reproduktion sowohl zu sichern wie das Konsumbedürfnis zu befriedigen. Seine neuerliche Konzentration ist sowohl horizontal wie vertikal, geht ebenso in die Breite wie in die Tiefe, sie ist der allgemeinste und energiegelteste Versuch, die kapitalistische Produktionsweise und Gesellschaftsordnung aus der ungeheuren Krise herauszubringen und ihren ferneren Bestand zu retten. Und dies allein ist das Topfische an der Kapitalkonzentration, die noch bei weitem nicht abgeschlossen ist.

Nicht weniger illusionär wie die kommunistischen Wahnvorstellungen ist die kleinbürgerliche naive Auffassung der Reformsozialisten, deren Hauptorgan, der Vorwärts, in Hugo Stinnes den eigentlichen Wegbereiter und Vollender des Sozialismus erblickt: „Er bringt, wie Marx sagt, den Kapitalismus in den „Puppenzustand“, aus dem einst als fertiger Schmetterling die sozialistische Gemeinwirtschaft entschlüpfen wird. Stärken wir ihn nicht bei seinem Werke. Die Sozialisten werden ihn vielleicht noch preisen als einen ihrer Größten!“ Eine dümmere Verbalhörnerei des Marxismus hat bisher noch niemand fertiggebracht, dieser Kohlenpartensozialismus, angewandt auf die Schwerindustrie, steht unerreicht da. Angesichts solchen Humbugs ist es kein Wunder, wenn die rechtssozialistischen Arbeiter bei jeder Aktionsfähigkeit sind. Wir werden den Sozialismus nicht erreichen, wenn wir den Kapitalismus ungestört sich selbst überlassen; sondern nur dann, wenn wir ihn recht gründlich „lösen“, wenn das revolutionäre Proletariat als Klasse ihn auf Tod und Leben bekämpft. Und in der gegenwärtigen Situation gilt, was Kautsky am Kriegsende in seiner Uebergangswirtschaft (S. 182) schrieb:

„Der Kapitalismus bereitet den Sozialismus vor, weil er das Proletariat zur zahlreichsten und schlechtesten auch kraftvollsten Klasse der Gesellschaft erhebt und es empfänglich macht für die sozialistischen Ziele, und nicht deshalb, weil die Unternehmer und die Banken die Produktion organisieren. Sollte das Proletariat nicht stark genug werden, die Macht an sich zu reißen, dann könnte aus dem Kapitalismus nie der Sozialismus entstehen, auch wenn sein ganzes internationales Getriebe von einer einzigen Wank organisierte würde. Und aus dem ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus würde kein Sozialismus entstehen können, wenn kein Proletariat da wäre, fähig und bereit, die Gesellschaft sozialistisch zu organisieren.“

Die Macht und die Reife des Proletariats ist die entscheidende Vorbedingung für die Durchführung des Sozialismus, und nicht ein bestimmter Höhenpunkt der kapitalistischen Organisation durch Trusts und Banken.“

Das ist so klar und erschöpfend gesagt, daß wir dem nichts hinzuzufügen haben. Der Kampf um die Eroberung der politischen und ökonomischen Macht durch das Proletariat ist gerade angesichts der letzten Konzentration des Kapitalismus nicht bloß eine geschichtliche Notwendigkeit, sondern eine brennende proletarische Tagesforderung. In dieser Erkenntnis hat die Unabhängige Sozialdemokratie die Arbeiterklasse aufgerufen zum Kampf für die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft, die, wie wir gesehen haben, neben der Eisenwirtschaft heute der stärkste Träger der Kapitalkonzentration ist. In der Kohle haben wir nach erfolgter Sozialisierung den Schlüssel zum größten Teil der deutschen Wirtschaft; wir haben sie völlig in der Hand, wenn der Sozialisierung der Kohle die Sozialisierung des Eisens folgt. Das versteht das revolutionäre Proletariat unter Sozialisierung, und es wird in der nächsten Zeit seine Aufgabe sein, dem kapitalistischen Machtdrang diese Auffassung sozialistischer Wirtschaft attia, radikalstos entgegenzustellen — den Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus auf der ganzen Linie aufzunehmen!

Ernährungselend und Korruption.

Berlin, 8. Dezember.

Hat in der gestrigen Sitzung der rechtssozialistische preußische Minister Braun den Reichsernährungsminister Hermes gestützt, weil er den bestochenen Beamten Augustin nicht nur verteidigt, sondern auch noch den Baretz aus dem preußischen Ministerium aufs schlimmste vorleumdet hat, so hat heute Genosse Herz die Stützung an Herrn Hermes wegen der Ernährungs-wirtschaft und der agrarfreundlichen Politik fortgesetzt. Mit besonderer Schärfe hat Genosse Herz die Uebergriffe des Reichskanzlers gegen die Abgeordneten, besonders gegen Braun, zurückgewiesen. Wenn das Zentrum und seine Verbündeten in der Regierung in der gestrigen Sitzung ein großes Geschrei erhoben, weil ein preußischer Minister gegen einen Reichsminister in aller Oeffentlichkeit auftrat, so ist dies weiter nichts als jämmerliche Heuchelei; denn unter dem alten Regime ist es mehr als einmal vorgekommen, daß preußische Minister gegen die Reichsregierung in aller Oeffentlichkeit auftraten und sie abstrafte, wenn sie ihnen nicht agrarisch-reaktionär genug war. Jetzt, wo die Korruption, und vor allem die volksfeindliche Ernährungspolitik, der bürgerlichen Minderheitsregierung immer offenkundiger wird, ist es zur zwingenden Notwendigkeit geworden, sie dem Volke so zu zeigen, wie sie ist, und da hat jeder mitgewirkt, sei er Minister oder Abgeordneter.

Die Zurückweisung der Fehrenbachschen Uebergriffe bildete nur die Einleitung zu der groß angelegten Rede unseres Genossen Herz. Ueber dem Streit zwischen der preußischen und der Reichsregierung darf die Schilderung des Ernährungselendes und seine Ursachen nicht zu kurz kommen. Die Sinnesregierung und ihre Presse hat natürlich alle Ursache zu verlinkern, daß die augenblickliche katastrophale Ernährungslage vor dem Volke aufgedeckt wird. Bis jetzt sind es nur wenige Blätter, die dem Volke die Wahrheit über den Ernährungsstand zu sagen wagen. Die Regierung tut alles, um die Wahrheit zu verschleiern. Herr Hermes steht völlig unter agrarischer Botmäßigkeit, wofür unser Fraktionsredner zahlreiche Beweise vorlegte. Die Aufdeckung dieses skandalösen Zustandes rief bei den Rechtsparteiern heftige Zwischenrufe hervor, in denen sie nach Beweisen verlangten. Sie zu bringen war unserem Genossen nicht schwer. Zahlenmäßig zeigte er, wie aus den einzelnen Domänen der deutschen Volksparteieller und der Deutschnationalen die Getreideablieferung absichtlich sabotiert wird. Für die verderbliche Ernährungspolitik konnte er sich obendrein auf Gutachten preußischer Agrarier, wie das des Herrn Batocki, stützen. Die Wucht dieser Beweise brachte die lebhaften Zwischenrufe sehr bald zum Schweigen.

Wie der Wirtschaftsminister hat auch der Ernährungsminister

sein Programm, wonach gearbeitet wird, wenn man das Arbeiten für die Agrarier nicht als ein solches ansehen will. Nicht einmal die Verordnung über die Getreideablieferung wird entsprechend angewandt. Die höhere Bureaukratie steht auf Seiten der Agrarier und unterstützt sie in ihrem volksfeindlichen und gefährlichen Betreiben. Auch die sogenannten Wahrscheinlichkeitsberechnungen des Ernährungsministers haben sich als glatter Schwindel herausgestellt; denn statt der 2 Millionen Tonnen Getreide sind kaum anderthalb Millionen Tonnen da. Weder Druschprämiolen, noch Strafen haben die Agrarier zur Pflichterfüllung anhalten können. Das Getreide wird an das Vieh verfüttert, weil die Viehpreise mehr einbringen, als das Getreide. Daran aber trägt wieder die Aufhebung der Fleischzwangsverwirtschaftung die Schuld.

Die Fehrenbachsche Regierung zeigt sich so mit jedem Tage als für das deutsche Volk verhängnisvoller. Im Zentrum ist eben der reaktionäre Flügel oben auf. Das zeigt auch mit aller Deutlichkeit die Wahl seines Statredners. Der Zentrumsabgeordnete Blum hielt eine so reaktionäre Rede, daß er von den Deutschnationalen und den Volksparteiern nicht übertroffen werden konnte. Daß er darin seinem Parteimitgliede, dem Minister Hermes, das Vertrauen seiner Partei ausgesprochen, ist erklärlich; weniger verständlich dagegen ist, daß er den Grundsat aufstellte, nicht die Verteilung der Nahrungsmittel ist die Hauptsache, sondern die Mehrerzeugung. Die Zentrumsarbeiter sehen also, ihre regierenden Leute sind dafür, daß, wer Geld hat, sich die nötigen Nahrungsmittel kaufen kann, wer es nicht hat, einfach verhungern mag. Es scheint bald, als ob die Ferkelungsentscheidung im Zentrum dem reaktionären Flügel noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist, sonst könnte er seine volksmörderische Politik nicht mit solch zynischer Offenheit treiben.

Die Bloklage der Ursachen unseres Ernährungselendes hat den deutschnationalen Redner Krüger, natürlich auch eine agrarische Leuchte, zu dem Seufzer veranlaßt, es wird Zeit, daß die Preußenwahlen kommen, damit die jetzige Regierung beseitigt werden kann. Die Reaktionen rechnen also in Preußen mit einem großen Erfolge für sich, und sie werden alles aufbieten, ihn auch zu erzwingen. Für die Arbeiterklasse ergibt sich daraus die Lehre, daß sie wohl allmählich erkennen mag, wer ihr Feind ist und wo er steht. Herr Krüger meinte noch, daß es mit der Erde im nächsten Jahre noch schlimmer würde, als in diesem. Natürlich haben die Agrarier kein Interesse an der Steigerung der Produktion, solange sie für geringe Mengen höheres Einkommen haben als aus großen. Die Schädlichkeit des Privatbesitzes für die Bevölkerung ist hier so offenkundig, um die Erkenntnis zu fördern, daß mit diesem Privatbesitz Schluß gemacht und die Eigentümer expropriert werden müssen.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß Hermes nur der getreue Frivolität der Agrarier ist, die Rede des agrarischen Volksparteikers Dufse hätte ihn erbracht. Dieser Herr weiß schon im Voraus, daß die Richter an Herrn Hermes sein Feind werden; er werde mit reiner Wesse aus der Affäre hervorgehen.

Am Schluß der Sitzung suchte Herr Hermes sich gegen die Kennzeichnung zu wehren, die ihm durch Genossen Herz zuteil geworden ist. Ueber den Bestechungsfall wiederholte er die schon oft vorgetragene Behauptung, der Staatssekretär Kamme habe sich in seinem Briefe vom 11. Mai nur in „Anderungen“ ergangen. Zum Schluß legte er dann „des Geständnis ab, daß ihm die Zwangswirtschaft ein Grauel — er nannte sie Bureokratismus — sei und er daher die freien Kräfte in der Produktion heranziehen müsse, d. h. mit anderen Worten, daß die Agrarier die bestimmenden Elemente in der Ernährungspolitik sein müssen.

Damit endete die Auseinandersetzung in der heutigen Sitzung. Fortsetzung wird am kommenden Donnerstag sein.

Die Wut!

Die Deutschnationalen und Deutschen Volksparteier sind über das Zustandekommen der sozialistischen Regierung in Sachsen in eine recht bezeichnende Wut geraten. Die Dresdner Nachrichten fordern in einem Leitartikel nicht weniger als eine Reichsexekution gegen Sachsen, da eine sozialistische Regierung nur das Vorbild einer Räterepublik und der Aufsturz zur Diktatur des Proletariats sei.

Die gesetzliche Begründung einer solchen Maßregel macht dem deutschnationalen Blatte weiter keine Kopfschmerzen. Die Demokratie, die die Herren gegen die Diktatur des Proletariats zu verteidigen vorgeben, gilt eben nur, solange sie die Herrschaft der Bourgeoisie nicht gefährdet.

Nicht minder interessant ist ein Schimpferguss der Leipziger neuesten Nachrichten. Nachdem das Rattengiftblatt seinen unglücklichen Lesern vorgeschwindelt hat, daß die Unabhängigen die Kommunisten um Unterstützung bei der Regierungsabsetzung angebetelt und sich den kommunistischen Bedingungen unterworfen hätten, prophezeien sie, daß der größte Teil der 250 000 unabhängigen Nichtwähler, „denen die Politik der Leipziger Volkszeitung lehtes Mal schon zu dumm geworden war“ zu den Kommunisten abwandern werden, „wenn es infolge der Schwindelgründung zu baldigen Neuwahlen kommen sollte“.

Nach weiteren Liebeshwürbeln für uns entfiel sich dann das ganze Maß der bürgerlichen Wut auf die Rechtssozialisten, die sich durch dieses Zusammengehen mit unferer Partei als „nicht zuverlässig“ im Sinne der reaktionären Parteien erwiesen haben. Ihnen sagt das Rattengiftorgan:

„Wenn bei den Führern der Unabhängigen die Charakterlosigkeit weiter nicht wundert, daß sie unmittelbar nach der Scheidung sich den Kommunisten anboten, so hat die Sache für die Sozialdemokraten doch noch eine andere Bedeutung. Die haben sich bisher in politisch anständiger Gesellschaft bewegt. Daß das Bureauflichtungen auferlegt, wird ihnen schon noch klar werden! Sie haben bisher gemeinschaftlich mit den Demokraten regiert. Die hatten auf dem entscheidenden Gebiet der Verwaltung, auf dem der Finanzen, ein Programm. Es war nicht unser Programm, und von den Sozialdemokraten war es anerkannt. Sie müssen also doch wohl der Meinung gewesen sein, daß es dem Wohle des Sachstandes dienlich sein würde, es durchzuführen. Wie sehr sich eine Durchführung an der Person dessen hängt, der das Programm aufgestellt hat, wissen die Sozialdemokraten auch. Trotzdem hat die Rücksicht auf das vermeintliche Parteiinteresse, die Angst vor „Rechtsunabhängigen“ und Moskowitzern sie keinen Augenblick schwanken lassen, die Gemeinschaft mit den Demokraten preuzugeben. Daß das gerade auf dem wichtigsten Gebiet der Staatspolitik eine dem Gemeinwohl abträgliche Unterliegens herbeiführen müsse, ist ihnen nebenhächlich gewesen. Erst kommt das Parteigefühl, so gut oder so schlecht man es versteht, und wenn dann noch was übrigbleibt, kommt — vielleicht — das Staatswohl. Noch nie sind die Äußerungen des Parlamentarismus so kraß jutage getreten, wie bei dieser ersten Regierungsabsetzung in Deutschland, die sich in bewußter Abhängigkeit von Mostau voll-

zieht. Das Bürgerium, das von 96 Kommunisten 47 innehat, wird dabei auch von den Sozialdemokraten, die sich bisher nur mit Hilfe des Bürgeriums an der Regierung hielten, wegworfend als quantitative Negligee behandelt. Hat man bisher immer noch hoffen dürfen, die Sozialdemokratie werde sich unter der Republik zu einer staatsbehaltenden Partei fortentwickeln, so lehrt das lächerliche Beispiel des Bürgeriums, der Zuverlässigkeit der Sozialdemokratie nur nicht zu trauen! Sie ist jederzeit noch bereit, auch die ihr nächststehende Partei nicht nur an die U. S. P., sondern sogar an den moskowitzischen Kommunismus zu verraten, wenn das von ihr verlangt wird.“

Wir hoffen, daß die Rechtssozialisten diese Schimpferei mit derselben Wut aufnehmen werden, mit der wir über die Anwürfe des ehrenwerten Organs quittieren. Nur zu seiner Charakteristik wollen wir noch erwähnen, daß es seinen Lesern zum Schluß noch die feite Lüge serviert: die Leipziger Volkszeitung habe sich schon über ihr eigenes Mindestprogramm lustig gemacht. Wo das geschehen sein soll, das verrät das Rattengiftblatt nicht. Wenn es ernstlich befragt werden sollte, worauf sich dieser Schwindel gründet, so könnte es nur auf seine schmutzigen Finger verweisen, aus denen es diesen Anwurf gesaugt hat.

Die Wut! Die heisse Wut!

Schlußsitzung des Kommunisten-Parteitag.

Am letzten Verhandlungstage des Kommunisten-Parteitag sprach Brandler über Gewerkschaften und Betriebsräte. Er bezog sich auf die Gewerkschaftsfrage deshalb als die wichtigste politische Frage, weil die neun Millionen Gewerkschaftsmitglieder gegen ihren Willen zu „Werkzeugen der Kontrevolution“ und damit zu einem „Passeposten der Revolution“ geworden seien. Ueber die Aufgaben der Kommunisten sagte Brandler, die Kommunisten müssen bei allen Lohnkämpfen an der Spitze marschieren. Aber sie dürfen sich nicht mit Lohnhöherungen begnügen, sondern müssen mit allen Mitteln dahin streben, über die Produktion eine volle Kontrolle auszuüben. Arbeitsgemeinschaften lehne die kommunistische Partei ab, da sie nur dazu dienen, das kapitalistische System zu stützen. Jeder einzelne Kommunist müsse in seinem Betriebe bis an die Grenze des Möglichen gehen, um die Stilllegung der Betriebe zu verhindern. Jede Betriebsstilllegung müsse zu einer politischen Aktion größten Stils gemacht werden, wozu man die Gewerkschaften mobilisieren müsse. Die Betriebsbesetzung sei in den Vordergrund zu rücken. Betriebsbesetzung bedeute zuerst Besetzung der Banken, um die Arbeiter bezahlen zu können, Besetzung der Banken aber bedeute Kampf um die politische Macht. Darauf müßten die Gewerkschaften eingestellt werden, so daß die Gewerkschaftsbureaukratie Farbe bekennen müsse. Nicht negativ, sondern positiv müsse in diesem Sinne gearbeitet werden.

In der langsam bekannten Weise wandte sich Brandler gegen den „Sozialisierungsschwindel“. Das, was jetzt als Sozialisierung geboten werde, sei nichts anderes, als eine auf die Spitze getriebene Arbeitsgemeinschaft. Deshalb müßten alle „wirklichen Revolutionäre“ den Kampf gegen die Sozialisierungsbestrebungen aufnehmen. Den Schluß der Brandlerschen Rede bildete die bekannte kommunistische Phrase, die „gelbe“ Amerikaner Gewerkschaftsinternationale habe die Arbeiter an den Kapitalismus verraten. Alle Klassenbewußten revolutionären Arbeiter müßten sich der roten Moskauer Gewerkschaftsinternationale anschließen. Aus der kurzen Debatte sind nur die Ausführungen des preußischen Delegierten Weber erwähnenswert, der verlangte, daß die Politik aus den Gewerkschaften verbannt werden müsse, womit er aber begrifflicherweise auf den schärfsten Widerspruch des Parteitag stieß. In seinem Schlußwort kam der Referent auf die Frage der Arbeiterunion zu sprechen. Ueber der Bergarbeiterunion sprach ihn Brandler jede Bedeutung für die A. D. ab. Die Richtlinien des Referenten über die Tätigkeit der kommunistischen Gewerkschaften wurden mit einigen Ausdeutungen gegen eine Stimme angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Herausgabe eines Flugblattes forderte, in dem das gegen Legien in der Angelegenheit der Detonationsgesellschaft vorliegende Material zusammengestellt werden soll.

Hierauf folgte noch ein Referat von Clara Zetkin über die Frauenfrage. Eine von ihr eingebrachte Resolution zugunsten von 8000 Arbeitern und Kommunisten, die in den Karamatten und Gefängnissen der Republik Polen gefangen gehalten wurden, wurde einstimmig angenommen, ebenso eine Resolution zur Beamtenfrage, in der das Verlangen nach einer sozialen und wirtschaftlichen Besserstellung der Beamten gefordert wird. Ein Antrag auf Schaffung eines Beamtensrates wird der Zentrale überwiesen, ebenso ein Antrag, Richtlinien für die preußischen Landtagewahlen in Form eines Flugblattes herauszugeben, weiter ein Antrag auf Gründung einer Zeitschrift für Kommunalpolitik, das vorläufig an Stelle eines Programms aufgestellte Manifest der Vereinigten kommunistischen Partei wurde ebenfalls ohne Debatte einstimmig angenommen.

Nachdem noch die Wahl der Zentralkomitee vorgenommen worden war, schloß der Vorsitzende Pieck den Parteitag mit einer Rede, in der er behauptete, daß der Vereinigungs-parteitag die für die deutsche revolutionäre Bewegung so wichtige Massenpartei geschaffen habe, mit deren Hilfe das deutsche Proletariat nun zum entscheidenden Schlage gegen die Kontrevolution ausholen werde. Bei Parteitagsschließung allein dürfe es nicht bleiben, die Beschlüsse müssen in Tateilumgesetzt werden, die Vereinigte kommunistische Partei müsse jetzt zu einer tatkräftigen politischen Aktion schreiten!

Vom Parteitag der Sinnespartei.

Die Verhandlungen des Parteitags der Sinnespartei, die mit der bereits beleuchteten nationalistisch-reaktionären Rede Stresemanns so vortrefflich begonnen hatten, bewegten sich auch im weiteren Verlauf in den gleichen Bahnen. Zeitweise schien es, als hätten die Leute um Stresemann und Sinnes das Bestreben, ihre Gesinnungsgenossen von der deutschnationalen Partei in der Bedeutung ihrer nationalischen und monarchistischen Gesinnung noch zu überzeugen. Der Vorsitzende des bayerischen Landesverbandes, Exzellenz von Schöck, rief beispielsweise aus: „Hoffentlich erleben wir noch einmal einen deutschen Stogtrieb, der die Kaiserkrone in altem Glanze wieder aufsetzen läßt.“ So reden die Führer einer Partei, deren Mitglieder in der Regierung einer Republik sitzen! Wie die „Volksparteier in der Regierung wirken, verriet der Biskanzler Dr. Heine. Er bezeichnete als das Hauptverdienst der inneren Politik, „Wiedererrichtung der Staatsautorität“. Macht und Gewalt des Staates müßten hinter dem „Recht“ stehen. Die Wehrmacht ist es, nach Heines Gesinnung, mit deren Hilfe die Staatsautorität durchsetzen soll. Auf dem Wege, der mit dem Streikverbot der Reichspräsidenten betreten worden ist, soll nach der Versicherung des Biskanzlers weitergegangen werden. Stürmischer Beifall bezeugte, daß der Parteitag einstimmig diese Bestimmungen unterstützte.

Der gleiche reaktionäre Geist zeigte sich auch bei der Besprechung der Wirtschaftsrage. Der in der letzten Zeit oft unruhlich genannte Abgeordnete Dr. Hugo, der über die Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei referierte, sang das bekannte Loblied auf die freie kapitalistische Wirtschaft nach der alten abgeleiteten Melodie: „Nur Arbeit kann uns retten!“ Den Gedanken der Sozialisierung des Bergbaues lehnte er mit dem niederichmetternden Argument ab, daß durch die Sozialisierung Männer wie Sinnes und Bögeler mit ihren geistigen Fähigkeiten lahmgelegt würden. Der Hinweis auf die Ausschaltung dieser Kriegsgewinnler und Millionen-

hamster war exzellente aus dem Wirtschaftsleben genügt nach Jugos Meinung, den „Sozialisierungsgeboten in Grund und Boden zu beurteilen.“ In den gleichen Gedankengängen bewegten sich die Ausführungen Dr. Curtius, der ein besonderes Referat über die Sozialisierung des Bergbaues hielt. Auch er kam selbstverständlich als fanatischer Verfechter des heiligen Privateigentums zu einer glatten Ablehnung jedes Sozialisierungsgebodens. Sorgsam hatte Curtius alle nur erdenklichen Momente, die sich gegen die Sozialisierung ins Feld führen lassen, zusammengetragen und ausgespielt. „Die Sozialisierung“, schloß er, „wie sie von den Linksradikalen angestrebt wird, vernichtet jede Privatwirtschaft. Um der Gemeinwirtschaft (1) willen wollen und müssen wir die Privatwirtschaft zur Güte bringen und stark erhalten.“ Curtius fand selbstverständlich ebenso starken Beifall wie sein Vorgesetzter und die Diskussion unterstrich die Ablehnung der Sozialisierung als eine „Forderung der Straße“ nur noch deutlicher.

Beachtenswert sind noch einige Zahlen aus dem Geschäftsbericht der Parteileitung. Die Zahl der Ortsvereine hat sich innerhalb Jahresfrist auf das Dreifache, auf über 3000 erhöht, die Zahl der hauptamtlich angestellten Parteibeamten ist in Jahresfrist von 90 auf 200 gestiegen. An eingeschriebenen Mitgliedern der Partei sind bei der Reichsgefächtsstelle in Berlin über 800000 gemeldet. Das bedeutet eine Zunahme von 70 Proz. gegenüber dem Stande zur Zeit des vorjährigen Parteitags.

Diese Zahlen dürfen nicht leicht genommen werden. Sie zeugen von einem ungeheuerlichen Anwachsen der Reaktion. Das reaktionäre Bürgerium sammelt sich immer bedrohlicher. Deshalb wagt es auch die Arbeiterklasse so frech herauszufordern, wie es auf diesem Kongress der Stinnespartei, der selbstverständlich auch mit dem nationalsozialistischen Kampfesfeld „Deutschland, Deutschland über alles!“ geschlossen wurde, geschahen ist.

Mag die Arbeiterklasse die Zeichen der Zeit verstehen, seine Reihen ebenfalls schließen und endlich die geschlossene Abwehrfront der Arbeiterklasse herstellen.

Um den Teuerungszuschlag für Beamte.

Ein Antrag unserer Fraktion.

Im Hauptauschuß des Reichstags brachte unsere Fraktion durch die Genossin Jieck einen Antrag ein, der u. a. für alle Reichsbeamte einschließlich der Diätäre, eine Teuerungszulage von 10 000 (zehntausend) Mark forderte.

An der Antragsbegründung hob Genossin Jieck hervor, daß die Vorlage der Regierung den unteren Beamten nur eine jährliche Zulage von 2-3000, den höchsten Lohnklassen dagegen eine solche von 10-11 000, den Ministern gar eine solche von 25 bis 30 000 Mk. erbringe. Was die Bereitstellung der notwendigen Mittel anbelangt, so erinnerte Genossin Jieck daran, daß den deutschen Weibern 37 Milliarden gegeben und den Großgrundbesitzern im letzten Jahre 3 1/2 Milliarden Mark als Druckprämie gewährt worden sind.

Genosse Breunig wies an Hand von Berechnungen nach, daß unser Antrag nur das Existenzminimum der unteren Beamten sichern würde. Dennoch wurde er von Rechtssozialisten und Bürgerlichen gemeinsam niedergestimmt. Unsere Fraktion wird ihren Antrag nun im Plenum wiederholen, desgleichen ihre Forderungen zugunsten der Arbeitslosen, der Arbeitsinvaliden und der Kriegsverletzten.

Der Prinz-Prozess geht weiter.

Die Fortführung des Prozesses Scheidema-ri-Prinz Die durch die Erkrankung des Besizers, Hesse Stocker, in Frage gestellt war, ist nun doch gesichert worden. Die 4. Strafkammer des Landgerichts I begab sich am Montag in die Wohnung des erkrankten Richters, wo eine öffentliche Sitzung abgehalten wurde. Man hatte ein Zimmer als Gerichtsraum hergesteilt, und auch die Oeffentlichkeit des Verfahrens war gewahrt worden. Einige Hausbesitzer und Personen, die sonst Interesse an dem Prozeß nahmen, wohnten der nicht alltäglichen Gerichtsverhandlung bei. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und richtete an den Angeklagten mehrere Fragen, aus welchem Grunde er von dem angebllichen Original-Mordbefehl zwei Abschriften als Kopien genommen habe. Prinz erklärte, daß beide Abschriften als Kopien kenntlich gemacht worden seien, und daß die eine Kopie lediglich auch die äußere Aufmachung des Originalschreibens genau wiedergeben sollte. Mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des erkrankten Richters wurde dann die Verhandlung geschlossen und die nächste Sitzung auf Freitagmittag im Monbijou Gerichtsgebäude verlagt.

Die Militarisierung der Polizei.

Die Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei teilt uns mit:

In Nr. 243 der Leipziger Volkszeitung wurde ausgeführt, daß man alle jene alten Polizisten, die noch nicht 16 Jahre Polizeidienst tun, nunmehr zwingen, sich in die Landespolizei umschreiben zu lassen. Es wird in dem Artikel dann zwar weiterhin von außerordentlichen Verhältnissen gesprochen, aber fortgeschritten, auch Sachen werde sich dem preussischen Vorbild nicht entziehen können.

Es wird der Schriftleitung hierzu mitgeteilt, daß diese Ausführungen und Annahmen irrig sind. In Sachsen ist ein solcher Verfahren nicht einmal in Erwägung gezogen worden. Die irrleitenden Erörterungen in einem Teil der Presse sind offensichtlich dadurch veranlaßt worden, daß ein Dresdener Polizeiwachmeister in Verweigerung preussischer Vorgänge mit den in Sachsen bestehenden Verhältnissen gelegentlich ähnliche Ausführungen gemacht hat, die in die Presse gelangt sind.

Hoffentlich bleibt es bei dieser Ablehnung des preussischen Modells in Sachsen. Daß hier in der Landespolizei starke Neigung zur Militarisierung des ganzen Polizeidienstes besteht, kann nicht bestritten werden.

Die Hohenzollern als lästige Ausländer.

Wie die holländischen Blätter melden, kam es in der Zweiten Kammer zu einer kurzen Debatte über die Stellung des vormaligen deutschen Kronprinzen. Das kommunistische Mitglied der Kammer Van Ravenstein erklärte, die Anwesenheit des Kronprinzen in den Niederlanden würde früher oder später unangenehme Folgen für die niederländische Regierung und die Niederlande haben. In Deutschland sei eine sehr starke reaktionäre und monarchistische Bewegung aufgekommen, die sich in der Verbindung mit der niederländischen Regierung äußere. Minister Ruus de Beerenbrouck erklärte, die Regierung hätte viel lieber gesehen, wenn die Hohenzollern nicht nach den Niederlanden gekommen wären. Er sei aber überzeugt (?), daß der vormalige Kronprinz mit der ihm verbleibenden Gerechtigkeit keinen Mißbrauch treiben werde. Die beiden künftlichen Flüchtlinge hätten bisher eine korrekte Haltung gezeigt. Wenn in dieser Haltung eine Veränderung eintreten sollte, so würde die Regierung wissen, ihre Pflicht zu tun. Er sei überzeugt, daß zwischen dem Kronprinzen und einer bestimmten Partei in Deutschland keine Verbindung bestehe. Er sei nicht in der Lage, öffentlich mitzuteilen, welche Maßnahmen die Regierung mit Bezug auf die Kontrolle des vormaligen deutschen Kaisers und Kronprinzen getroffen habe.

Der Schlußsatz der Meldung zeigt, daß die holländische Regierung von dem durchaus einwandfreien und korrekten Verhalten der umgebenen deutschen Gäste doch nicht so vollständig „überzeugt“ ist. Und welche Kontrollmaßnahmen hat die deutsche Regierung getroffen?

Aus Oberschlesien.

Berlin, 8. Dezember. Die internationalisierte Kommission in Oberschlesien hat verfügt, daß zur Wahrung der Interessen der polnisch sprechenden Bevölkerung ein technischer Oberpostbeamter und bei den einzelnen Anstalten technische Postbeamte angestellt werden, die berechtigt sind, den gesamten Betrieb eingehend zu kontrollieren.

Wie das Journal de Genève erzählt, ist der von den Deutschen geforderte Antrag auf Ausweisung Koriantos aus Oberschlesien abgelehnt worden.

Berlin, 7. Dezember. Der Reichstagsauschuß für Auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich heute mit der Antwortnote auf den englischen Vorschlag über die Abstimmung in Oberschlesien. Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Sie ergaben gegenüber dem Vorschlage des englischen Premierministers völlige Einmütigkeit.

Zuchthaus für die Wahrheit!

Preisnebelung in Forth-ungarn.

Aus Budapest wird die folgende fleißige Ankündigung verbreitet:

Um die Lügenmeldungen der jüdischen Journalisten über die Zustände in Ungarn auszurotten, hat die Regierung einen Geschlechtsentwurf eingebracht, wonach Journalisten wegen Verbreitung unwahrer oder entstellter Nachrichten über das ungarische Land mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Kronen bestraft werden können. Wenn die Verbreitung solcher unwahrer Nachrichten ausländisches Eingreifen in ungarische Verhältnisse hervorruft, so kann auf zehn Jahre Zuchthaus und unter erschwerenden Umständen sogar auf lebenslängliche Zuchthausstrafe erkannt werden.

Die ungarischen Banditen umgeben das Land mit einer Zuchthausmanier, damit die Wahrheit über ihr Greuelregiment nicht ins Ausland dringe. Das Bedürfnis ist verständlich. Am bequemsten wäre, die Methode Henjas gegen die unheimlichen Wahrheitsüberbringer anzuwenden — Ermordung, reißvoll vorbereitet durch Kastrierung und ähnliche kleine Vergnügungen der Mordkumpagne. Aber das Verfahren macht unter Umständen zwei Aufsehen. Deshalb begnügt man sich mit Zuchthaus — wobei sachgemäße Behandlung dafür sorgen wird, daß derselbe Effekt wie beim direkter Mord erzielt wird.

Der Völkerbundkongress zum Ausscheiden Argentinien.

Genf, 6. Dezember. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung verlas Präsident Hymans den Brief Pueyrredons an die Völkerbundsversammlung. Nach der Verlesung des Briefs herrschte allgemeines Schweigen. Hymans teilte darauf mit, daß er den Empfang des Briefs bekräftigt habe. Unter lebhafter Spannung ergriff Lord Robert Cecil das Wort. Er widmete dem Ausscheiden der argentinischen Kollegen lebenswichtige Worte und rühmte die sympathische Persönlichkeit Pueyrredons, dessen Nachbar er in der Versammlung gewesen sei. Er wies darauf hin, daß Pueyrredons Brief sich auf gewisse Vorschläge der argentinischen Delegation bezog, die bisher noch nicht erörtert worden seien, die aber sicher erörtert worden wären, wenn die Delegation im Dienste geblieben wäre. Er selbst habe große Sympathie für die Grundsätze der argentinischen Delegation; der Völkerbund aber müsse wachsen. Aber wenn jedes Mitglied eine Haltung einnehme, wie die argentinischen Delegierten, könnte überhaupt kein Parlament arbeiten. Die skandinavischen Kollegen hätten leiseres Verständnis für die Umstände bewiesen, da sie trotz der Ablehnung ihrer Vorschläge weiter mitarbeiteten. Trotz der Kritik, die an der Versammlung geübt werde, werde diese weiter ihrer Pflicht tun. Sein Vertrauen in die Zukunft sei unerschütterlich; eine Warnung aber müsse er aussprechen: Es sei an der Zeit, mit den Methoden der alten Diplomatie zu brechen, eine neue Diplomatie müsse besolgt werden, aber unter der Bedingung, daß die nötigen Opfer gebracht würden und auf die andere Rücksicht genommen werde. Dann werde der Völkerbund sicher eine Zukunft haben.

Der Delegierte von Kanada beantragt, den Artikel 10, der die Mitgliedsstaaten verpflichtet, einander die Unverletzlichkeit ihres Gebiets zu verbürgen, aus dem Völkerbundsvertrag zu streichen.

Die Abänderungsanträge Argentinien und Kanadas wurden auf Vorschlag Brandings (Schweden) der selben Kommission überwiesen, der bereits die Bearbeitung der skandinavischen Abänderungsanträge überwiesen wurden. Doherty (Kanada) hätte zwar gern eine Diskussion seines Antrags gewünscht, erklärt sich aber mit dem Antrag Brandings einverstanden, um die Einigkeit der Versammlung nicht zu stören.

Im Einverständnis mit der schweizerischen Delegation wurde der Vorschlag betreffend Kinderhilfe des Völkerbundes bis zur nächsten Sitzung verlagt.

Washington, 6. Dezember. (Reuter.) Senator Lodge erklärte mit Bezug auf den Beschluß Argentinien, sich von der Völkerbundsversammlung zurückzuziehen, es scheine ihm, daß einige Nationen, die in Genf vertreten seien, jetzt dieselben Gründe gegen den Völkerbund entdecken, die Amerika bereits vor zwei Jahren gefunden habe. Senator Lodge erklärte, die unvermeidliche Spaltung habe ihren Anfang genommen.

Paris, 6. Dezember. Nach einer Radiomeldung aus Buenos Aires teilt die Presse mit, daß der argentinische Gesandte in Paris zurückgetreten sei.

Völkerbundsversammlung und Völkerbundsrat.

Genf, 6. Dezember. Die Völkerbundsversammlung besprach im weiteren Verlauf der Sitzung den Kommissionsbericht über die Beziehungen zwischen dem Rat und der Versammlung. In der Versammlung herrschten zwei Strömungen vor: Eine wollte die Kompetenz der Versammlung erweitern, während die andere eine Verstärkung des Rates für notwendig hielt. Ein Zusatzantrag von Politik-Griechenland, daß der Rat wenigstens im allgemeinen den Weltfrieden betreffenden Fragen, die er während seiner Tagung behandelt, der Versammlung unterbreiten möge, wurde angenommen. Der Kommissionsbericht wurde von der Versammlung genehmigt.

Genf, 7. Dezember. In der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung wurde u. a. die Frage der Tuberkulosebekämpfung in Polen behandelt. Die Kommission schlug einen dringenden Appell an sämtliche Staaten vor zur wirksamen Bekämpfung der in Osteuropa herrschenden Epidemien, sowie eine Aufforderung an das Internationale Bureau für Hygiene, an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Liga der Roten-Kreuz-Bereinigungen zur unverzüglichen Mitarbeit an diesem Hilfswerk. Im Laufe der Aussprache befanden die Delegierten mehrerer Staaten ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit. Die französischen und die englischen Delegierten teilten gleichzeitig mit, daß ihre Regierungen bei ihren Parlamenten bereits die Bewilligung von Geldbeiträgen für diesen Zweck beantragt hätten. Norwegen betonte die Notwendigkeit für den Völkerbund sich positive Erfolge zu sichern, was diese Frage Gelegenheit gebe. Er beantragte die Bildung einer Sonderkommission aus drei Mitgliedern. Dieser Antrag Norwegens sowie die Anträge der Kommission fanden Annahme.

Keine Aufnahme der russischen Randstaaten.

Genf, 6. Dezember. Die Kommission, die sich mit der Aufnahme der baltischen Staaten sowie Georgiens und Armeniens zu befassen hatte, hat beschlossen, bei der Versammlung zu beantragen, daß diese Staaten mit Rücksicht auf ihre unsichere Lage

nicht in den Völkerbund aufgenommen werden können. Zugleich hat aber die Kommission beschlossen, daß diese fünf Staaten zur Teilnahme an den technischen Organisationen des Völkerbundes (Arbeitsamt, Transportorganisation usw.) aufgefordert werden sollen in der Meinung, daß dann in einem späteren Zeitpunkt ihre Zulassung neuerdings geprüft werden könne.

Die Lage im Osten.

Neue Kämpfe zwischen Bolschewissen und Machno.

O. E. Kopenhagen, 7. Dezember. Ein Funkpruch aus Simferopol meldet, daß die Rote Armee den Kampf gegen den Mann Machno, der einen hervorragenden Exponenten der ukrainischen aufständischen Bauernbewegung darstellt, energisch aufgenommen habe. Machno war Anfang Oktober auf die Seite der Roten Armee übergetreten. Er hatte dem Oberkommandierenden seine Dienste zur Verfügung gestellt und sich allen Anordnungen zu fügen versprochen. Der Funkpruch besagt, Machno habe sein Versprechen nicht gehalten, einen Teil der Besatzung zur Zeit der Kämpfe gegen Wrangel nicht ausgeführt, wodurch einige tausend Rotgardisten geopfert werden mußten. Die Anhänger Machnos hätten ihre Plünderungen fortgesetzt. Nunmehr sei der Befehl erteilt worden, mit Machno aufzuräumen. Die Liquidation gehe bereits ihrem Ende entgegen. Die Hauptkräfte Machnos seien entwischt, die Führer verhaftet.

Pelsjura und Balachowitsch in Warschau.

Kopenhagen, 7. Dezember. Wie der Berlingske Tidende aus Warschau telegraphiert wird, ist der ganze Stab und die Regierung Pelsjuras in Czestochau eingetroffen. Pelsjura wird heute in Warschau ankommen, wo Balachowitsch bereits seit Sonnabend weilte. Felder Heere befinden sich nunmehr größtenteils entwaffnet auf polnischem Boden.

Rußland und China.

Moskau, 5. Dezember. Der Volkstommissar für auswärtige Angelegenheiten hat die chinesische Regierung davon benachrichtigt, daß die russische Republik den militärischen Vormarsch in die Mongolei einstellt und ihre Truppen zurückzieht, da die chinesischen Truppen durch die Einnahme von Urga bewiesen haben, daß sie imstande sind, mit den Ueberresten der Semenovtruppen fertig zu werden. Die Sowjetregierung erklärt gleichzeitig, daß sie jederzeit bereit ist, bewaffnete Hilfe gegen etwaige gegenrevolutionäre Banden zu gewähren.

Paris, 7. Dezember. Nach einer Times-Meldung aus Peking schlagen die Sowjets China vor, alle chinesisch-russischen Verträge auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu revidieren.

Eine russische Hafenanlage im Eismeer.

O. E. Helsingfors, 7. Dezember. Die Sowjetregierung trifft Vorbereitungen zur Anlage eines Hafens am Nordlichen Eismeer. Der Hafen soll bei der Mündung des Indiga-Flusses an der Tschelkaja-Bucht angelegt werden und die Verbindung mit dem Jenissej herstellen.

Deutschland.

Für die Friedensrentenempfänger.

Die Genossen Lora Agnes und Sauerbrey haben im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: Die Friedensrentenempfänger, welche in den Jahren vor 1914 im Militärdienst beschäftigt wurden, erhalten zur Zeit geradezu lässliche Renten, die zum Teil nicht einmal die Sätze erreichen, welche von der Armenverwaltung als Armenunterstützung an Bedürftige gewährt werden. Zu Düsseldorf, wo die Lebensverhältnisse besonders teuer sind, erhält ein völlig arbeitsunfähiger 21 Mk. pro Monat, hierzu eine Bestimmungszulage von 48 Mk., die gewährte Teuerungszulage hinzugezählt, ergibt einen Gesamtbezug von 169,80 Mk. Ein anderer Beschädigter, der im Jahre 1911 Militärbeschädigter wurde, erhält 76 Prozent Rente, gleich 123,85 Mk. pro Monat. Dabei ist der Mann verheiratet, er hat eine Familie zu unterhalten und % seiner Erwerbsfähigkeit eingebüßt. Was gebührt die Rente-rung zu tun, um den Friedensrentenempfängern durch höhere Bezüge ein menschenwürdiges Los zu bereiten?

geg. Agnes, Sauerbrey.

Verhaftung des flüchtigen Eden-Hotel-Direktors. Nach einer Berliner Meldung ist der frühere Direktor des Berliner Eden-Hotels, Bindorfer, der befallentlich vor einigen Wochen wegen Schleichhandels vom Wassergericht zu neun Monaten Gefängnis und 200 000 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde und dann geflüchtet war, in der Schweiz auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft verhaftet worden.

Neue Zehnpennistücke aus Zink. Der Reichstag genehmigte die Prägung von weiteren 20 Millionen Mark neuer Zehnpennistücke aus Zink.

Kleine Auslandsnachrichten.

England und Irland.

Nach einer Meldung aus London hat der stellvertretende Präsident der irischen Republik, Rev. Sinnangan, an Lord George folgendes Telegramm gerichtet: Sie erklären, daß Sie bereit sind, sofort Frieden zu schließen. Irland ist ebenfalls bereit. Welchen ersten Schritt schlagen Sie vor?

Arthur Henderson, der Vorsitzende der von der englischen Arbeiterpartei zur Untersuchung der Lage in Irland eingesetzten Kommission, ist nach London zurückgekehrt. Er erklärte der starken Wunsch nach Frieden sei noch nie unter allen Ängsten Irlands so verbreitet gewesen wie augenblicklich. Henderson tritt nachdrücklich für die Einleitung offizieller Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes ein. — Wie Daily Mail aus Dublin meldet, drangen Hippolytisten in das Dubliner Rathaus ein, als der Stadtrat gerade über die Möglichkeit eines einmonatigen Waffenstillstandes verhandelte, und verhafteten eine Anzahl Persönlichkeiten, darunter das Parlamentsmitglied Staines.

Von Nah und Fern.

Explosion in einem Pulverwerk. (TU.) In der Pulverfabrik „Rottkreuz“ erfolgte gestern mittags gegen 1 Uhr ein schweres Explosionsunglück, dem das Pulverwerk zum Opfer fiel. Die Detonation war so stark, daß selbst in Kempten die Fensterheischen klirrten. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind zwei Tote zu beklagen. Außerdem werden zwei Personen vermisst. Ueber die Ursache der Explosion ist Näheres noch nicht bekannt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Drei Arbeiter erdrückt.

Darmstadt, 8. Dezember. Beim Verladen von Eisen im Lager der hiesigen Eisenbahnhauptwerkstätte II gab das zu schwer beladene Geleiste nach und fiel um. Drei Arbeiter wurden totgedrückt.

Einbruch in eine Kirche.

Wittenberg, 8. Dezember. Aus der lutherischen Kirche haben Diebe das Tabernakel mit einem goldenen Becher und die Monstranz sowie mehrere kostbare Kunstgegenstände geraubt.

Eine achtzehntägige Kasko nünzerbände.

Hamburg, 6. Dezember. Die Hamburger Kriminalpolizei verhaftete achtzehn Kaskomünzer, die sich gemeinsam mit der Herbeiführung von falschen 50-Markstücken der Ausgabe vom 24. Juni 1919 befaßten. Nach dem Umfang der beschlagnahmten Schriftstücke scheinen die in Frage kommenden achtzehn Personen schon seit Monaten einen schamhaften Handel mit falschen Noten betrieben zu haben.

Verantwortlich für den reaktionären Teil.

Heinrich Fleischer in Leipzig.
Verantwortlich für den Interatentell:
Friedrich Billeer, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag, Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Oetker's Rezepte



Crème-Torte.

Zutaten: 100 g Zucker, 50 g Butter oder Fett, 200 g Mehl, 1/2 Päckchen von Oetker's Milch-Eiweißpulver, 1/2 Päckchen von Dr. Oetker's „Backin“, 10 Eßlöffel voll Milch oder Wasser.

Zutaten zur Crème: 1/2 Liter Milch, 1 Teelöffel voll Butter, etwas Zitronenschale, 40 g (5 Teelöffel voll) „Gustin“, (oder feinstes Stärkemehl), 1 Eßlöffel voll Zucker.

Zutaten zum Guß: 60 g Kakao, 80 g Zucker, 1 Teelöffel voll Butter, 1 Teelöffel voll „Gustin“ (oder feinstes Stärkemehl), 1 Eßlöffel voll Wasser.

Zubereitung: Butter und Zucker werden gut gerührt, dann fügt man das Eiweißpulver und nach und nach das Wasser und das mit „Backin“ gemischte Mehl hinzu, rührt alles gut durcheinander und backt die Masse in einer gefetteten Springform. Nach dem Erkalten schnidet man die Torte quer durch und bringt die untere Hälfte mit der aus ebleen Zutaten bereiteten Crème, legt die andere Hälfte darüber und bestreicht die Torte mit der Kakaoinsur. Zur Glasur läßt man die angegebenen Zutaten unter ständigem Rühren kochen, bis die Masse Blasen wirft.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig

U. S. P. D.

Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr

Mitglieder = Versammlung

in den Westendhallen.

Tagesordnung:

1. Die gegenwärtige politische Lage u. die Regierungsbildung in Sachsen. Referent: Genosse August Kronberg.
2. Freie Aussprache.
3. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Ortsverein L. Schönfeld u. G. P. D.

Freitag, den 10. Dezember 1920, abends 1/8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Gesellschaftshaus.

Tagesordnung: 1. Die politische Lage und die sächsische Regierung. Referent: Genosse Karl Dornburg. 2. Freie Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Erste Sächs. Landeswohl-fahrts-Geld-Lotterie

Hauptvertrieb:
Invaliddank für Sachsen
Leipzig
Universitätsstr. 4.
Ziehung 17.-25. Januar 1921.
Hauptgew. i. günst. Falle

125 000 Mk.

1. Prämie 75 000 Mk.
Gewinne zu 50 000 „
30 000 „
20 000 „
15 000 „
10 000 „
usw.

Loospreis 4 Mark *
Postloos u. Liste 1 Mk.
Nachnahme 1 Mk. mehr.
Loos sind bei all. Staatslotterien-Einnahmen sowie bei allen durch Plakate kenntl. Gesch. zu haben.

Wichtig und erfolgreich bei Schwäche, Mattigkeit u. sonstig. Erkrankungen Urin-Untersuch. d. Hnoth. Umer. V. Nikolaitstr. 38, Sor. 10-11 u. 3-4

Mein beliebtester eleganter neuer brauner Jackett-Anzug in Sportform „Leipzig“ kostet 600.- Mk. Andere neue Anzüge in blau usw. ab 530.- Mk. besgl. Ulster 550.- Mk.

Walter Fritzsche
L. R. Frommannstr. 12 L.
L. R. Dencitstr. 4 a. M. K.
Brandis, Kaufm. Eng. 1*

Hollenkamp Schlüpfer! und Raglans



Aus guten Flauchstoffen oder schwerer Winter-Cheviot, durchgewebt oder mit angewebtem farbigen Futter, moderne Form M. 690.- 590.- 490.-

Aus Stoffen wie vorsehend, in entsprechend besserer Qualität, auch solide, volle, zweireihige Formen. M. 990.- 890.- 790.-

Aus reinwollenen Stoffen, in den höchsten Preislagen aller feinsten Art, mit hervorragend schöner Abseife, oder aus erstklassigen Flauch- oder Rasnestoffen, vornehme, der Maßarbeit ebenbürtige Verarbeitung 990.-

M. 1600.- 1400.- 1200.- 1100.-

H. Hollenkamp & Co

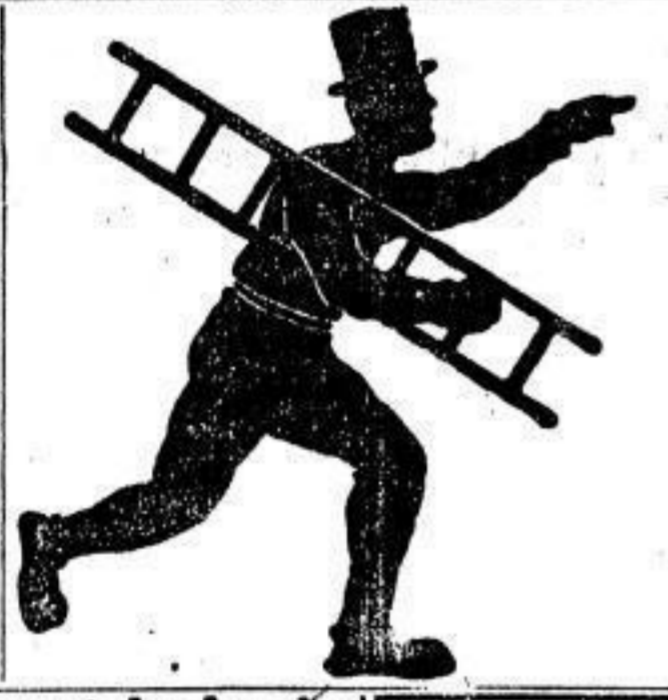
Brühl Nr. 28-32 Leipzig Ecke Reichsstr.
Erstes Herren-Bekleidungshaus

Umkleinungsanlag., Trennlatten, Säulen und Riegel, Baum- und Rosenpflanze, roh u. geschält, in jeder Länge u. Stärke. Alle Sort. Stangen, Leitern, Schubs- und Kaitenfarren (Tel. ab Verlanstg.) L. Gimpel, St. Gangloff 5. H.

Barchent Mr. 12 Mk. Hemdentuch 13.-, handlicher 9.50, Tisch- u. Bettwäsche, woll. Strümpfe, Kleiderstoffe, Seide, Wäsche, Süddeutschen. Inlett jede preis an Händler u. Private.

Blöcker, Kantstädter *
Steinweg 33, I., Tel. 3845.

Ohne Geld nur durch monatlich. Miete gelangen Sie in d. Besitz v. Beleuchtungs-Körper Gaskocher, -Herde usw. Leipziger Beleuchtungs-Zentrale Nikolaistraße 25. *



SD urteilt ein Professor:

„Dr. Gentner's Schuhpuß Nigrin mit Banderole ist in fachgemäßer Weise aus besten Rohstoffen hergestellt.“

Ziehung 10. bis 14. Dezbr.

Geld-Lotterie

des Wohlthätigkeitsvereins Sächs. Fechtschule

Hauptvertrieb:
Alexander Heasel
Dresden, Weßstr. 1.

Hauptgewinn in glücklichen Fall:
75 000
Prämie: 50 000
25 000
Teup. 10 000
5 000 usw.

Loos 3 Mk., 3.60 (Postgeld und Liste Mk. 1.-).

Verkaufsstellen bei den Staatslotterien - Einnahmen und der Sächs. Fechtschule.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Böhlich-Chrenberg. Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung in der Eiche. Tagesordnung: 1. Regierungsbildung in Sachsen und die politische Lage. Referent: Genosse Rudolph Kühn. 2. Freie Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Tausch u. Umg. Donnerstag, den 9. Dezember, abends 1/8 Uhr. Mitgliederversammlung im Goldenen Löwen. Tagesordnung: 1. Die Nachverhältnisse der Klassen. Ref.: Genosse Alfred Kretschmar. 2. Freie Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten.

Sonnabend, den 11. Dezember, abends 1/7 Uhr. Beginn in der Schule der Vortrag des Gen. Horro über Von der gentilen zur sozialistischen Gesellschaft. Karten zu den 8 Vorträgen für 3 Mark sind beim Genossen Traute zu haben. Um zahlreiche Beteiligung zu beiden Veranstaltungen bittet Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter = Verband

Zahlstelle Leipzig

Bureau: Gerberstr. 1, II. Hotel Alster, Zimmer 16-18 und 20-24. Geschäftszeit: Zimmer 16-18 von 9-12 u. 4-6 Uhr. Sonnabend durchgehend von 9-11 Uhr. Zimmer 20 von 9-8, Sonnabend von 1-3 Uhr. Bei glatten Wählungen der Geschäftsleitung es notwendig, die Geschäftszeit auch pünktlich einzuhalten.

Freitag, den 10. Dezember, abends 1/7 Uhr, im Volkshaus großer Saal

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung über den Stand der Bewegung der versch. Branchen.
2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten, darunter: a) Kasienbericht vom III. Quartal u. Richtungsrechnung desselben; b) Bericht der Kartelldelegierten u. Neuwahl derselben.

Mitgliedsbuch ist vorzulegen. Die Ortsverwaltung.

Freitag, den 10. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Versammlung aller am Streit beteiligten und arbeitslosen Kollegen. Tagesordnung: 1. Aussprache über den Stand der Bewegung in der Metallindustrie. 2. Gewerkschaftliche. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet Die Branchenleitung.

Sonnabend, den 11. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Sektionsversammlung im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Bericht des Sektionsleiters. Jeder Betrieb muß vertreten sein, wegen Aufnahme einer Statistik. Die Sektionsleit.

Sonnabend, den 11. Dezember, abends 7 Uhr. Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Bericht über die weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Aussprache dazu. 2. Bericht des Sektionsleiters. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich. Die Branchenleitung.

Frauen u. Mädchen

die sich nicht wohl fühlen, erhalten Naturwissenschaftlichen Rat und Aufklärung in sämtlichen Frauenangelegenheiten. Vertrauen Sie mir ihr Übel an und Sie werden es nicht bereuen. Sprechzeit von 1 bis 5 Uhr täglich (außer Sonntag). Frau M. V. Heil, Leipzig-Kleinzschocher, Eythraer Straße 10, p. 1. (Haltestelle d. Straßenbahn, am Friedhof).

Am 5. 12. 1920 verstarb plötzlich der seit 5 Jahren im Dienste der Kasse befindliche Hilfsangestellte, Herr

Arthur Hesselbarth

im 52. Lebensjahre.

Wir verlieren in ihm einen brauchbaren und treuen Angestellten, der sich ein ehrendes Andenken erworben hat.

Leipzig, den 7. Dezember 1920.

Der Vorstand Die Verwaltung der Allgem. Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig. M. Prit Vorstehender. C. Khlmann Verwaltungsdirektor.

Thonberg-Neureudnitz.

Mitglieder! Sendet Eure Kinder zum

Weihnachtsmärchen

in den Gasthof Neureudnitz am Freitag, den 10. Dezember, nachmittags 5 Uhr am Sonnabend, 11. Dezember, nachmittags 4 Uhr am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10 Uhr Karten sind in der Bibliothek, bei den Verkaufszern und am Eingangs zu erhalten.

Ortsverein USP Thonberg-Neureudnitz.

Deutscher Werkmeisterverband

Bezirksverein Leipzig VI (Metallindustrie). Freitag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr im Restaurant Burgkeller

Vertrauensmännerversammlung und 1. Vereinsversammlung

des Bezirksvereins Leipzig VI.

Tagesordnung: Konstituierung, Tarifangelegenheiten. Alle Kollegen die sich dem neugegründeten Bezirksverein Metallindustrie anschließen gedenken, sind hierdurch eingeladen. Der Vorstand.

Nächste Versammlung des Bezirksvereins Leipzig VI am 13. Januar 1921 im Restaur. Czertjor, Tauchaer Str.

Offene Beine, Unterschenkel, Krampfadern haben behandelt nach bewährter Methode Spötheler Hauptmann, v. Gohlis, Markbachstraße 2, Straßenbahn u. Sprechaelt 10-1 3-5. Sonnt. vorm.

Haut-, Geschlechts- u. Horniebl. vora. nerv. Schwäche behand. Dr. med. Dori, nicht approbiert. Mittel naturw. Gelellsch. Leipzig, Kurprinze. 3, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

Statt besonderer Anzeige. Nach langem, schwerem Leiden verchied plötzlich und unerwartet im Alter von 58 Jahren mein lieber treuherziger Mann, unser guter Vater, Schwager und Onkel

Friedrich Dankau

2. Plagwitz, Ziegelstr. 9.

In tiefstem Schmerze Berta verw. Dankau und Söhne. Einäscherung Donnerstag, 9. Dezember, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Södrdriehofes aus.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, der Dreher

Max Petsch

am 28. November plötzlich und unerwartet in Darmstadt an der Grippe im Alter von 20 1/2 Jahren verstorben ist.

L. Gohlis, Gothaer Straße 21.

Dies zeigt in tiefstem Schmerze an Familie Wilhelm Petsch. Beisegung der Urne Donnerstag, den 9. Dezember, mittags 12 1/2 Uhr, auf dem Gohliser Friedhof.

Dank. - Statt Karten. Für die aufrichtige Teilnahme beim Heimgang unierer am 6. Dezember zur letzten Ruhe gebieteten lieben Mutter, Großmutter, Schwester u. Schwägerin.

Frau Bertha verw. Rübner geb. Mutterlose

sagen wir allen herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir noch Ihren Mitarbeiterinnen der Fr. Tittel & Krüger für den schönen Blumenbesuch. Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe laut“ und „Gute Nacht“ in Dein frühes Grab nach. Dieich, den 8. Dezember 1920.

Die trauernden Kinder nebst Angehörigen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. Dezember.

Parlamentsangelegenheiten.

Deutlich. Der heute abend angelegte Diskussionsabend fällt zugunsten des Lichtbildervortrages des Genossen Laube aus.

Sozialistische Rede- und Besprechungswachen. Donnerstags, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Schule, Zimmer 5 Vortrag des Genossen Köhler über: Wirtschaftsgeographie Sowjetrusslands. Gäste willkommen.

Gruppenrat III, Bekleidungs- und Textilindustrie. Dienstag, den 8. Dezember, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104. Der Vertretermann-Aurjus findet morgen, abends 7 Uhr, im Besprechungsraum des Arbeiterbildungsinstituts statt.

Das Gewerkschaftskartell.

Rat und Stadtverordnete.

Das ist kein erquickliches Thema, denn Rat und Stadtverordnete leben auf gespanntem Fuße. Der Rat ist oben drauf, weil er durch die Revidierte Städteordnung gegenüber den Stadtverordneten eine bevorzugte Stellung einnimmt. Die Stadtverordneten sind dem Rat in vielen Fällen sozusagen nur beigeordnet. Der Leipziger Rat sieht diese Stellung gründlich aus, alle Augenblicke kommt es daher zu einem Konflikt zwischen Rat und Stadtverordneten. Dieses gespannte Verhältnis hat dazu geführt, daß die Stadtverordneten den Ratsmitgliedern bei der Etablierung der Gehalte abgelehnt haben. Darüber herrscht große Entrüstung beim Rat, der auf seinen klaren Rechtsanspruch pocht. Da genügend Paragrafenfischer im Rate sitzen, wissen sie auch, was sie nach juristischem Recht zu fordern haben.

Die Ablehnung der Gehalte ist die schärfste Form des Mißtrauens, und dagegen ist der Rat machtlos, trotz aller Paragrafen und trotz der Revidierten Städteordnung. Vorläufig freilich scheinen die Herren im Rate den Ton anzugeben, die sich auf Paragrafen und Revidierte Städteordnung stützen. Auf das moralische Recht scheinen die Herrschaften zu pfeifen. Aber das ändert sich auch noch. Auch die verzopfstesten Ratsmitglieder werden noch begreifen müssen, daß sich die Zeiten geändert haben. Vorläufig freilich häuft der Rat einen Konfliktstoff über den andern. Dazu gehört auch

die Ablehnung der Steuererträge der Stadtverordneten über die vom Rat beantragte Zusatzsteuer. Der Rat findet die von den Stadtverordneten beantragte steuerfreie Grenze zu hoch. Er hat sich ausdrücklich beim Landessteueramt erkundigt, ob dieses die steuerfreie Grenze für Ledige auf 3000 Mk. und für Verheiratete auf 12000 Mk. genehmigen würde. Darauf hat der Rat die Antwort erhalten, eine solche Grenze werde nicht genehmigt. Gestützt auf diesen Entscheid, der einer bestellten Arbeit verdammt ähnlich sieht, hat der Rat abgelehnt, den Gehältern der Stadtverordneten beizutreten. Er wird also nun erneut an die Stadtverordneten heranitreten und vorausichtlich ... seinen andern Beschluß erzielen. Bis zum 31. Dezember d. J. soll aber die Steuer genehmigt sein. Kommt es infolge der Haltung des Rats nicht zur Erhebung der Steuer, dann geht diese Steuer der Stadt überhaupt verloren. Die Steuerzahler werden sich darüber zunächst nicht ärgern. Es kommt aber darauf an, ob und welche andern Steuern dann etwa eingeführt werden sollten. Vor allem aber ist es doch bezeichnend, daß der Rat bei der Frage, für oder gegen die Stadtverordneten, sofort gegen entscheidet.

Der Rat und der Ortschutz.

Im Juli d. J. ersuchten die Stadtverordneten den Rat um die Vorlage über die Errichtung eines Ortschutzes. Im Juli, kurz vor den Ferien, brachte der Rat auch eine solche Vorlage. Aus verschiedenen Gründen blieb diese Vorlage auch nach den Ferien bei den Stadtverordneten längere Zeit liegen, bis dann die unabhängigen Vertreter auf die Beratung der Vorlage drängten. Der zuständige Ratobezirksrat hatte schon unmittelbar nach den Ferien erklärt, die Beratung der Vorlage müsse zurückgestellt werden, weil von der Regierung eine Aenderung der Richtlinien für den Ortschutz zu erwarten sei. In Wirklichkeit war aber von der Regierung gar keine solche Aenderung geplant. Jetzt überläßt nun der Rat mit der Zurücklegung der Vorlage, obwohl auch jetzt nichts von einer Aenderung der Richtlinien oder von einem Verbot des Ortschutzes bekannt geworden ist. Wie mitgeteilt wurde, hat die Regierung auf eine Anfrage erklärt, es sei eine Verordnung des Entwaffnungskommissars zu erwarten, nach der die Entwaffnung des Ortschutzes durchgeführt werden müsse. Demnach könnte also nur ein Ortschutz ohne Waffen genehmigt werden. Ueber die Bedeutung einer solchen Organisation stehe sich gewiß streiten, doch darf nicht verkannt werden, daß es schon einen Vorzug hat, wenn eine Organisation vorhanden ist, deren Mitglieder bereit sind, im Notfall den Ortschutz zu übernehmen, statt ihn unzureichenden militärischen Organisationen zu übertragen. Gerade die Erfahrungen der Märztagen haben ja den Anstoß zur Gründung eines Ortschutzes gegeben. Hätte damals ein zuverlässiger Ortschutz an Stelle der Helfreitwilligen gestanden, dann wären die blutigen Zusammenstöße in den Straßen Leipzigs vermieden worden. Die Leipziger Reaktionäre, besonders die im Bürgerausschuß, haben natürlich eine andere Meinung über die Tätigkeit der Helfreitwilligen. Und der Rat, der sich zumeist nur als Vertreter der Reaktion stellt, handelt danach. Daher hat der Rat die Vorlage in dem Augenblick zurückgelegt, als sie zur Beratung auf die Tagesordnung gestellt war. Ueber die Zurücklegung der Ratsvorlage wird uns geschrieben:

„Merkwürdig, daß der Rat so lange nicht an die Zurücklegung der Vorlage dachte, solange sie nicht in den Ausschüssen beraten war. Wie zuverlässig mitgeteilt worden ist, haben die Stadtverordneten-Ausschüsse nach längerer Beratung beschlossen, einen Ortschutz von 3000 Mann zu errichten, während der Rat nur 1000 Mann beantragt hatte. Erst nachdem dieser Beschluß der Ausschüsse vorlag, hat der Rat die Vorlage zurückgelegt. Er bewußt damit nur, daß es ihm gar nicht ernst war mit der Errichtung eines Ortschutzes. Er will nicht die Bürger zur Aufrechterhaltung der Ordnung heranziehen, weil er die Reichswehr und wahrscheinlich auch die Organe für zuverlässiger hält. Von unsern Stadtverord-

neten müssen wir erwarten, daß sie den Rat zwingen, seinen Beschluß zu ändern und die Vorlage über den Ortschutz dem Stadtverordnetenkollegium zur Beschlußfassung vorlegen.“

Die Justiz geht von falscher Voraussetzung aus, denn es gibt leider für die Stadtverordneten keine Möglichkeit, den Rat zu zwingen, eine zurückgelegte Vorlage wieder einzubringen. Solange die Revidierte Städteordnung dem Rat die Vorkherrschaft in der Gemeindeverwaltung sichert, solange kann er auch — wie bei der Steuervorlage und beim Ortschutz — die Interessen der Reaktion vertreten. Das Volkwerk der Bourgeoisie, das Ratskollegium, fällt erst, wenn es im Landtage gelingt, eine durchgreifende Reform der Gemeindeverwaltung durchzuführen.

Die Arbeits-Versuchsschule.

Das Stadtverordnetenkollegium beschloß in der Sitzung vom 7. Mai 1919, den Rat zu ersuchen den Stadtverordneten baldmöglichst eine Vorlage über die Errichtung einer Arbeits-Versuchsschule zu unterbreiten. Diesem Beschluß ist der Rat beigetreten, indem er diese Frage dem städtischen Schulrat überweisen hat. Der Schulrat, der die Durchführung der Versuchsschule empfiehlt, hat Vorläufe ausgearbeitet, die vom Rat mit geringfügigen Änderungen angenommen worden sind. Damit hat der Rat aber zugleich auch die Notwendigkeit der Errichtung einer Versuchsschule anerkannt. Durch die Versuchsschule sollen die wertvollen Einzelbestrebungen zur Schulreform, insbesondere die Arbeits-Versuchsschule, zu einem einheitlichen großen Werke verwickelt werden, um damit die Grundlagen zur inneren Neugestaltung des Leipziger Volksschulwesens zu schaffen.

Die Durchführung der Versuchsschule, die für Ostern 1921 in Aussicht genommen ist, stößt auf keine besonderen Schwierigkeiten. Ein geeignetes Schulgebäude, die 50-Volksschule in Tonnentisch, steht zur Verfügung, die erforderlichen Einrichtungen, soweit sie nicht schon vorhanden sind, sollen beschafft werden. Im Hinblick auf die Neuartigkeit der Einrichtung soll ein besonderer Lehrkörper gebildet werden, der sich in der Hauptsache aus solchen Lehrkräften zusammensetzt, die bereits schon im Sinne des Arbeits-Versuchsschulgebäudes gearbeitet haben.

Die Kosten, die unbedingt für die besondere Einrichtung des Gebäudes zu den Zwecken der Versuchsschule aufzubringen sind, betragen 227 000 Mk. Hierzu kommt noch, daß der Schulneubau bei Kriegsabbruch sofort der Militärbehörde zu Verfügung überlassen werden mußte, so daß eine Reihe Arbeiten unterbleiben, die jetzt unbedingt fertiggestellt werden müssen. Die Kosten hierfür werden nach den heutigen Verhältnissen schätzungsweise 140 000 Mk. betragen. Weiter ist das als Schulgarten zur Verfügung gestellte städtische Gelände jährlich mit 880 Mk. zu verzinsen. Endlich empfiehlt der Rat, zu den bereits erwähnten Aufwendungen noch eine Verfügungssumme von 20 000 Mk. für unvorhergesehene Ausgaben einzustellen, da sich bei einer dergleichen Einrichtung alle für den Betrieb notwendigen Ausgaben nicht im Voraus übersehen lassen.

Anjaubere Geschäftspraxis.

Das war, die Agenten privatkapitalistischer Versicherungsgesellschaften mit der Wahrheitstheorie auf gespanntem Fuße stehen. Einmalig bekannt. Eine besondere Glanzleistung glaubte ein Agent der Gesellschaft Victoria vollbringen zu sollen, der sich unter dem Namen Dubs vorstellte. Daß er die Vorzüge einer Versicherung bei der Victoria über das Schellenhaus lobte, ist natürlich. Da aber das Geschäft für die Victoria nicht mehr so recht vorwärts will — besonders in Arbeiterkreisen — so hielt er eine Epistel gegen die Volkssicherung für angebracht. Nach seinen Angaben sei die Volkssicherung bankrott, sie habe von der Teutonia und von der Victoria — Darlehen haben wollen, die ihr aber verweigert worden wären, so daß sie nun — arme Volkssicherung — die Lude demnachst zumachen müsse. Daß an dem allen nicht ein wahres Wort ist, brauchen wir wohl nicht erst zu sagen. Es kann für Arbeiter und Arbeiterfrauen nur eines geben: die Tür zu vor den Agenten der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften. Heute hat kein Arbeiter, keine Arbeiterin mehr notwendig, sich bei einer der kapitalistischen Gesellschaften zu versichern, dazu ist jetzt die von den Arbeiterorganisationen gegründete Versicherung Volkssicherung da, über deren Einrichtungen bereitwillig Auskunft erteilt wird in der Rechnungsstelle der Volkssicherung in Leipzig, Jethet Str. 32 — Volkshaus — Saalbau Zimmer 14.

Proletarische Frau und Säuglingsfürsorge.

Man hat sich in den zuständigen Fachkreisen vielfach über die Frage gestritten, ob und in welchem Maße die Hebamme zur Säuglingsfürsorge berufen ist. Die Frage wird dadurch zum Teil gelöst, daß das kommende Gesetz ihre Tätigkeit als Säuglingsfürsorglerin vorsehen wird. Da gilt es, sie auf die beste Weise zur Säuglingsfürsorge dienlich zu machen. Und auf diesem Gebiete fehlt es nicht an Erfahrungen. Einen besonderen Erfahrungsschatz weist in dieser Beziehung der Leiter der Provinzialhebranstalt Eberfeld, Prof. Martin, auf. Er berichtet über seine Erfahrungen in der Zeitschrift für Hebammenkunde und er kommt zu dem Ergebnis, daß sich die Kreisärzte überall dort, wo die Hebammen zur praktischen Mitarbeit herangezogen wurden, durchaus aufreichten mit den Leistungen geküßert haben. Und diese Erfahrung ist in einem Gebiete von 38 Kreisen gesammelt mit mehr als 4 1/2 Millionen Einwohnern.

Überdies ist das notwendige Arbeiten der Hebammen in der Säuglingsfürsorge an eine wichtige Voraussetzung geknüpft. Die Fürsorgebeamtinnen haben den Hebammen mit dem nötigen Verständnis zu begegnen. Und das ist nicht immer der Fall. Da die Hebamme in der Säuglingsfürsorge tätig sein wird und ein harmonisches Zusammenarbeiten im Interesse der Säuglingsgesundheit erforderlich ist, so ist eine notwendige Ergänzung der Tätigkeit der Hebamme die Entnahme der Säuglingsfürsorgertinnen aus dem proletarischen Volke. Die Erfahrungen, die man mit proletarischen Frauen kürzlich bei dem sozialen Versuche in Berlin gemacht hat, haben bewiesen, daß die proletarische Frau zur besten sozialen Mitarbeit berufen ist, wenn man ihr nur die Möglichkeit zur Einnahme ihrer selbstigen Werte gibt. Darum gehört die proletarische Frau überall hinein in die Säuglingsfürsorge und dann wird die ganze Säuglingsfürsorge von dem einen Geisteskräfte sein, daß durch sie das Volk wachse und blühe, das Volk, dessen soziale Räte beide, Hebamme und Fürsorglerin, aus eigenem Ritzen kennen gelernt haben.

Ein neues Mandat. In Neubrück werden jetzt den Eltern, die ihre Kinder vom Religionsunterricht abgemeldet haben, Kinder ins Haus geschickt mit der Nachricht, die Erklärung sei in der Schule verloren gegangen. Die Eltern werden dann weiter aufgefordert, an Stelle des „verloren gegangenen“ einen neuen Zettel auszufüllen — nämlich einen für den konfessionellen Religionsunterricht. Mit diesem feigen Trick spekuliert man auf die Unkenntnis und Vertrauenslosigkeit der Mütter und hat auch in einzelnen Fällen damit Erfolg gehabt. Arbeiterfrauen, steht das Flugblatt der christlichen Elternräte in den Ofen und unterschreibt nur die Erklärung gegen den Religionsunterricht! Elternabend, 2. Modan, 23. Volksschule, Sonntag, 12. Dezember, abends 5 Uhr, in der Schulaula Elternver-

sammlung. Vortrag mit Lichtbildern über gutes und schlechtes Spielzeug, Referent Herr Dr. Hilbrand vom Seminar für Handfertigkeitsunterricht. Gleichzeitige von nachmittags 3 Uhr ab im Zeichenaal der Schule Ausstellung und Verkauf guter Jugendliteratur und Spielzeug.

Der kommunikative Kämpfer in Chemnitz und die Leipziger Kommunisten. Es war bekanntlich ein kommunikativer Kämpfer, der in Leipzig erwog, „rechtsunabhängige“ Führer zu beiseitigen. Wir veröffentlichten den Plan, und die antibolschewistische Liga bringt ihn in ihrem Organ. Darüber jetzt der Kämpfer in Chemnitz. Anstatt sich aber seine Freunde vorzunehmen, geht er gegen uns vor. Wir hätten der Liga das Material gegen die Kommunisten geliefert. Das ist denn doch die Höhe kommunistischer Trupflosigkeit. Nächstens wird der Kämpfer noch verbreiten, wir hätten eigentlich selbst darüber beraten, wie wir am besten unsere Führer um die Ecke bringen könnten.

Neue Verpflegung in den städtischen Krankenhäusern. Der Rat stellt den Stadtverordneten mit, daß er beschließen hat, die Verpflegung wie folgt abändern: Krankenhaus St. Jakob, 1. In der allgemeinen Abteilung: a) für Einheimische auf 15 Mk. (bisher 12 Mk.), b) für Auswärtige auf 24 Mk. (bisher 18 Mk.); 2. in der Abteilung für Privatranke, je nach Lage und Ausstattung des Zimmers: a) für Einheimische auf 40 bis 45 Mk. (bisher 28 und 29 Mk.), b) für Auswärtige auf 50 bis 60 Mk. (bisher 34 und 35 Mk.), c) für eine Begleitperson, die in demselben Zimmer mit untergebracht wird, auf 38 Mk. (bisher 24 Mk.). Krankenhaus St. Georg, 1. In der allgemeinen Abteilung: a) für Einheimische auf 15 Mk. (bisher 12 Mk.), b) für Auswärtige auf 24 Mk. (bisher 18 Mk.); 2. für die mittlere Verpflegungskategorie, in der nur Einheimische aufgenommen werden, auf 25 Mk. für ein Zimmer mit einem Bett (bisher 17 Mk.), auf 22 Mk. für das Bett eines mehrbettigen Zimmers (bisher 15 Mk.); 3. in der Abteilung für Privatranke a) für Einheimische auf 40 bis 45 Mk. (bisher 28 Mk.), b) für Auswärtige auf 50 bis 60 Mk. (bisher 34 Mk.), c) eine Begleitperson, die in demselben Zimmer mit untergebracht wird, auf 38 Mk. (bisher 24 Mk.).

Protest der Kinobesitzer. Die Gruppe der Besitzer kleinerer und mittlerer Lichtspielhäuser innerhalb der Vereinigung der Lichtspieltheater und Interessenten E. V. (Sitz Leipzig) stellt, wie man uns schreibt, auf Grund der gemachten Erfahrungen fest, daß die von den städtischen Behörden in Leipzig am 1. Juli eingeführte Verdoppelung der Eintrittskartensteuer eine schwere Schädigung und starke Entwertung der kleineren und mittleren Kinos in Leipzig verursacht habe, die in Verbindung mit der ungeheueren Steigerung der Gesamtbetriebskosten der Lichtspieltheater deren wirtschaftliches Fortbestehen auf das ernste gefährde. Die hohe Kartensteuer habe nicht nur eine Abwanderung der Kinobesucher von den besseren nach den billigeren Plätzen hervorgerufen, sie hindere auch die Theaterbesitzer daran, in einer notwendig gewordenen Erhöhung der Eintrittspreise einen gerechten Ausgleich für die tief gestiegenen Betriebskosten zu finden.

Arbeit und Ernährung. Bekanntlich wurde vor längerer Zeit nicht nur aus Oesterreich, sondern auch aus verschiedenen deutschen Städten über Anochenkrankungen eigener Art berichtet, die als Folge der Unterernährung anzusehen sind. In der Deutschen demokratischen Wochenchrift weist Dr. Böhm darauf hin, daß er dieselben Krankheitserscheinungen auch im Ruhrgebiet festgestellt hat. Einerseits hat er diese Erscheinungen an Männern beobachtet, dann auch an Frauen und zwar traf diese Erkrankung in der Regel zusammen mit schwerer körperlicher Arbeit. Diese Beobachtung beweist wieder, wie wichtig die gute Ernährung für das proletarische Volk ist. Die Hausfrau hat eine wichtige gesundheitsliche Aufgabe zu erfüllen. Aber die wirtschaftlichen Verhältnisse müssen auch so sein, daß die Hausfrau ihrer wichtigen Pflicht in der rechten Weise nachkommen kann.

Kind und Unfall. Nach neuen Feststellungen tritt der gewaltsame Tod innerhalb des neunten Kindesalters, das heißt innerhalb der Zeit von 2 bis zu 5 Jahren häufiger auf als in anderen Perioden des Kindesalters. Diese Zahlen beweisen wieder einmal, wie sehr das Kind unter dem sozialen Elend zu leiden hat, denn das ist ja unabweisbar, daß nur deshalb zu viele kleine Kinder dem unnatürlichen Tode durch Unfall verfallen sind, weil die Mutter das Kind wegen ihrer Arbeit außerhalb des Hauses und dabei nicht genügend beaufsichtigen kann. Hiermit steht die Feststellung von Lindheims in Einklang, daß das Kindesalter anheim, nämlich die größte Zahl der tödlichen Unfälle aufweist.

Teure Semmel. Man schreibt uns: Obwohl wir sonst unsere Lebensmittel im Konsumverein einkaufen, mußte meine Frau am Sonntag — in Ermangelung einer Semmel — einen Bäcker zu Anruf nehmen. Die Frau des Bäckermeisters Hauptmann, L. Balgwig, Jahrg. 36, ließ sich für eine Semmel 60 Pf. bezahlen und nahm auch noch 2 Wägnette je 50 Gramm einer Reischbrotmarke, obwohl mein Sohn 2 Semmeln von rationiertem Mehl unter Vorlegung der Wägnette verlangt hatte. Seit wann ist der Preis von 20 Pf. auf 60 Pf. pro Stück gestiegen?

Warnung an Wohnungsinhaber. Schon wiederholt ist es vorgekommen, daß Einbrecher oder andre Verbrecher, um in eine bestimmte Wohnung Zutritt zu erlangen oder die Räumlichkeiten und deren Lage kennen zu lernen, sich als Abgesandte des Wohnungsamtes ausgegeben haben. Wohnungszeitungen sind deshalb, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen, dringend anzurufen, sich stets vorher die Ausweise zeigen zu lassen, aber auch deren Echtheit genau zu prüfen; man lasse sich ja nicht etwa durch ein nobles oder behelmtes Auftreten täuschen. Handelt es sich wirklich um Beauftragte des Wohnungsamtes, so werden diese unaufgefordert ihre Ausweise vorlegen, wozu sie verpflichtet sind. Offenbar auf die obenbeschriebene Weise haben sich vor einigen Tagen zwei Männer Einbild in einer Wohnung der Mühlengasse verschafft, die sie dann während einer kurzen Abwesenheit der Eigentümerin erbrochen haben. Alle Verhältnisse haben sie durchwühlt und nur Wertvolles gestohlen.

Warnung an Eltern! Immer wieder macht sich jene Frauensperson bemerkbar, die kleinere Kinder in ein Haus lockt, ihnen hier unter irgendeinem Vorwande ihre Tasche abnimmt, in der die Kinder Waren eingeholt haben, und damit verschwindet. So hat diese Person neuerdings am 26. November vormittags einer Knaben in ein Grundstück in der Zwickauerstraße Strake lockt, ihm eine Bosttasche mit einem Brote und 10 Semmeln abgenommen, zuvor einen Bund Schlüssel übergeben, und sich dann, den Knaben im zweiten Stock warten lassend, mit der Tasche entfernte. Im Verdrachsstalle lasse man diese Person sofort festnehmen. Die Schlüssel seien bei der Kriminalabteilung zur Ansicht aus. Eltern und Erzieher können ihre Kinder nicht oft genug davor warnen, mit unbekanntem Menschen zu gehen; in den wenigsten Fällen sind solche Anknüpfungen harmloser Natur.

Der Schänder des Leipziger Bismarckdenkmals verhaftet? Der Volkzettel ist es gelungen, den Schänder des Bismarckdenkmals, welcher im Mai d. J. den bronzenen Vorberweg in der Hand des oheren Sockel zur Hundsgasse Bismarcks sich erhebenden Arbeiterausgebirge hatte, in der Person des 27 Jahre alten früheren Zünderen und Leutnants d. R. Döring zu verhaften. Es ist zu vermuten, daß der Verhaftete kürzlich auch den bronzenen Hammer des Arbeiters entwand hat.

Kohlenausgabe für Arbeitslose. Donnerstag, den 9., und Freitag, den 10. Dezember 1920 von 9—4 Uhr, Bahnhofsstr. 11, Kohlen u. Co., Nr. 1001—1186, fernr. Beinhilfsstraße, verlängerte Bismarckstraße, von 9—4 Uhr Nr. 3753—3774 und Nr. 1—340. Die Gutheime sind im Geschäftsraum, Gerberstraße 3, 2. Stock, Zimmer 55, während der Geschäftszeit von 9—12 Uhr, zu holen. Bei Nr. 1—340 kommen die Besteller in

Frage, wo noch freie Kohlenmärkte zu besetzen sind. Die Kohle muß unbedingt bis 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr, abgeholt sein, andernfalls weiter darüber verhandelt werden muß. Preisverträge sind vorerst G. 1. 2. Ohne Gas bis Nr. 8. Untermieter 1-4 B. E. 1. 2. D. Nr. 1. Kohlenanmeldung nur Montags. Gutheißungsgabe nur nach Bekanntgabe in den Tageszeitungen.

Einheitsstiefel. Am der ärmeren Bevölkerung den Ankauf von billigen Schuwaren zu ermöglichen, hat, wie man uns mitteilt, der Verein Leipziger Schuhwarenhändler E. B. einen großen Posten „Einheitsstiefel“ anfertigen lassen. Sie werden in den mit Plakaten kenntlich gemachten Geschäften verkauft.

Vertegung des Pöbureaus. Das Pöbureau und die Zuchtvermerksstelle sind in das Grundstück Rudolphstraße 2, Eingang Rudolphstraße, verlegt worden. Diese Geschäftsstellen sind am 10. d. M. für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

In den 13 städtischen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 29. November bis 4. Dezember die Speiseabgabe auf 25742 Maßheiten gegenüber 26489 in der Woche zuvor.

Notarkundliches Heimatmuseum (Erdbündelring, Gewerbeausstellung). Der am Freitagabend, 1/2 8 Uhr, vom Herrn R. Götzel veranstaltete 4. Führungsvortrag behandelt: Nachvollzogene Erscheinungen (Mineralneubildungen; Entstehung unserer wirtschaftlich wichtigsten Edelfeine, Erze usw.). Eintritt frei.

Lebensmittelkalendar für Donnerstag, den 9. Dezember.
Für Haushaltungen.
Anmeldung. Büchsenmilch: abzuweichen 17 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q; Gilsmartern S 1/3 Z der Lebensmittelkarte für Kinder bis zu zwei Jahren Reihe R 2 (je eine Dose).
Ausgabe. 12. Kartenverteilung: Nr. 1601-1800.
Grubelofen: Entnahme von Gutscheinen Gerberstraße 5, vormittags 8-1 Uhr, Buchstaben G-J.
Für Händler.
Weizenmehl und Nährmittel für Kleinkinder und Schwangere: Bezugshelmenahme.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Eröffnungssitzung des Landtags.

Der neu gewählte Landtag trat gestern zu seiner ersten Sitzung zusammen. Durch die Verschiebung der Wahlsitzung hat die Versammlung ein stark verändertes Gesicht bekommen. Viele der Vertreter in der früheren Volkstammer sind ausgeschieden; die reichliche Hälfte, 50 Abgeordnete sind Neulinge. Der Landtag ist fast vollständig verarmelt. Es fehlt nur ein Mitglied der Kommunisten, da Friedrich Gever zurückgetreten ist und auch seine beiden nächsten Erblenkte im Leipziger Kreis abgelehnt haben, der nächstfolgende aber noch nicht einberufen ist.

Nach einer kurzen rein geschäftlichen Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten Bue übernahm das Präsidium der alten Kammer die Leitung der Sitzung. Es wurde zunächst beschlossen, die Geschäftsordnung der Volkstammer vorbehaltlich etwaiger Veränderungen und Abweichungen für den Landtag als gültig zu betrachten. Sodann wurde zur Wahl des Kammerpräsidenten und der vier Stellvertreter gewählt. Als Ministerpräsident wurden der Deutschnationale Dr. Wagner und der Abg. Bürger von der Deutschen Volkspartei, zu Schriftführern Ruder (D. S. P.) und Granz (K. P. D.) und zu Stellvertretern Schriftführern Winkler (S. P. D.), Rammelsberg (Deutschn.), Behrmann (Dem.) und Dr. Hermann (Deutsche W.) gewählt.

Vor der Wahl der Schriftführer kam es zu einem kleinen Intermezzo, weil die Kommunisten auf einen ordentlichen Schriftführerposten bestanden. Das Verlangen war mit Berücksichtigung der Fraktionsstärke berechtigt und wurde deshalb anerkannt. Bemerkenswert war aber dabei eine Bemerkung des Kommunisten Siwert, der das Verlangen damit begründete, daß seine Fraktion bereit sei, die Regierung parlamentarisch und außerparlamentarisch zu unterstützen.

Damit war die erste Sitzung beendet. Morgen sollen die Ausschüsse vorgeordnet werden.

Die Regierung

hat ihre Aemter in die Hand des Landtags zurückgegeben und sich bereit erklärt, die Geschäfte weiterzuführen bis die neue Regierung gebildet ist.

Die Fraktion der D. S. P.

hat sich konstituiert und die Genossen Müller und Schnitz zu Vorsitzenden, Liebmann und Wedel zu Schriftführern gewählt.

Die Disposition für die nächsten Tage.

Der Landtag wird am Mittwoch die Wahlen zu den ordentlichen Ausschüssen vornehmen. Am Donnerstag soll die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgen. Am Dienstag der nächsten Woche soll sich das neue Ministerium vorstellen und sein Programm entwickeln. Der Mittwoch bleibt für die Fraktionen reserviert und der Donnerstag und Freitag sind für die politische Debatte in Aussicht genommen. Am 17. Dezember werden voraussichtlich die Weihnachtsferien beginnen.

Die sozialistische Regierung im Spiegel der Presse.

Die neue sozialistische Regierung, die Sochen nach aller Voraussicht bestimmt, wird von keiner Seite der unmittelbar daran Beteiligten mit voller Befriedigung begrüßt. Das ist auch verständlich; ist doch die Basis, auf der sie beruht, zu schmal, als daß sie alle Klippen, die der parlamentarische Kampf ihr bereiten kann, glatt umschwimmen könnte. Das wäre allenfalls noch möglich, wenn das Jüngste an der Wage, die kommunistische Fraktion, in allen Situationen das Interesse der Arbeiterklasse über ihr egoistisches Parteiinteresse stellen würde. Die Erklärung des Herrn Siwert, daß die kommunistische Fraktion bereit sei, die sozialistische Regierung parlamentarisch und außerparlamentarisch zu unterstützen, könnte allerdings als Zeichen beginnender Einigkeit gedeutet werden. Nach allen Erfahrungen aber, die mit den schwankenden Gestalten der Kommunisten bisher gemacht worden sind, wird man gut tun, die Hoffnung hierauf nicht gar zu hoch zu schrauben, und ihnen mehr auf die Füße als auf den Mund zu sehen. Man wird, auch abwarten müssen, was die allmächtige Parteizentrale der Kommunisten und die Exekutive in Moskau zu diesem ersten Sündenfall sagen wird. Die Möglichkeit besteht auch hier, daß, ähnlich wie in Berlin, eine falsche Duldsamkeit gegeben wird. Immerhin glauben wir, daß mit dem Anwachsen der kommunistischen Partei, speziell im Chemnitzer Bezirk, wo ihre Vertreter einige Gemeindeverwaltungen beherrschen und daher entscheidend sind, nicht nur radikal sein sollende Reden zu führen, sondern nützliche, praktische Arbeit im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu leisten, auch ihr Verantwortlichkeitsgefühl bezüglich der Landespolitik sich zeigen wird. Andernfalls werden die bald erkennen müssen, daß selbst ihre Anhänger keine ruffähigen Mutschis sind, die jede Dummheit unbedenken mitmachen. Vorkäufig gefallen sich die Kommunisten freilich noch in der Pose des „radikalen Revolutionärs“.

Auch die Rechtssozialisten, wenigstens ihr rechter Flügel, betrachten die neue Regierung nur mit einem nassen und einem trockenen Auge. Von der freien Presse und der Dresdner Volkszeitung gewinnt man den Eindruck, daß sie den Augenblick herbeisehnen, wo diese Koalition aus dem Reim geht, nur um, griffelt auf einen Schein des Rechts, die alte fleckige Koalition mit den bürgerlichen Demokraten wieder herbeiführen zu können. Die Chemnitzer Volksstimme dagegen hofft, daß durch das Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien die beste Vorarbeit zur Vereinigung des Proletariats geleistet wird. Dieser Gedankengang hat ganz bestimmt vieles für sich, und wir würden uns aufrichtig freuen, wenn diese Hoffnung Erfüllung finden würde. Aber dafür ist Voraussetzung, daß die Rechte sozialistisch zurückfinden auf den Boden des wissenschaftlichen revolutionären Sozialismus, daß sie abkehren von der Politik der Arbeitsgemeinschaften und der Reichsausschüsse, die formalen Stimmzetteldemokratie, daß sie nicht nur sozialistische Politik fordern, sondern auch im gegebenen Augenblick treiben. Bisher haben sie selber gar zu oft im entscheidenden Augenblick verlagert. Deshalb war auch die Forderung der USP, daß ihr erst in der nächsten Sitzung in der Regierung eingeräumt werde, notwendig, wenn sie nicht in die Gefahr kommen wollte, nur als Anhänger der Rechtssozialisten zu gelten. Die USP geht, wie schon öfter gesagt wurde, nicht in die Regierung mit überlebener Hoffnung, sie betrachtet — das mag sich Herr D. R. von der freien Presse gelagt sein lassen — ihre Beteiligung an derselben aber auch nicht nur aus dem Gesichtswinkel der besten Agitationsmöglichkeit, sondern will damit der sozialistischen Bewegung einen Dienst erweisen und versuchen, die bürgerliche Reaktion einzudämmen und dem Fortschritt eine Gasse zu bahnen.

Die bürgerliche Presse kann nur schlecht ihren Kummer und ihre Wut über das Zustandekommen einer sozialistischen Regierung verbergen. Allen voran geht natürlich das Sommerblatt am Vatersteintweg in Leipzig, die Leipziger Neuesten Nachrichten, das seinem bedrängten Herzen in einem Leitartikel im rechten Almanach Luft macht. Die Dresdner Neuesten Nachrichten fordern gar Reichsregulativ. Darauf gehen wir an anderer Stelle ein. Die liberale bürgerliche Presse konstatiert einen erheblichen Rückgang des einen Sieges der USP. So schreibt der Dresdner Arbeiter:

„In ihrer Gesamtheit scheint uns diese Ministerliste einen so erheblichen Rückgang in das radikale Fahrwasser des linken Flügels der SPD. und der USP. heranzuführen, daß auch eine ganze Reihe von Mitgliedern der SPD. von dieser Liste überrascht im Hinblick, gar nicht zu reden von der Kritik, die in der bürgerlichen Presse gegen dieses Ministerium einzuwehen wird. Minister Schwarz vom Wirtschaftsministerium steht, wie bekannt ist und wie er selbst häufig betont hat, auf dem äußersten linken Flügel der SPD., Lipinski, Tschjerner und Adelf sind ausgesprochene Anhänger der USP. und befehlen die für die praktische Politik, die doch, wie in den Debatten des Landtages häufig hervorgehoben wurde, im wesentlichen nur noch die eigentlichen Aufgaben eines großen Kommunalverbandes hat, die effektiv wichtigen Ressorts. Die Ministerien der Wirtschaft, des Innern, des Kultus und der Arbeit in Sachen sind also — auch vom sozialistischen Standpunkte aus gesehen — von ausgesprochenen Anhängern einer betonten Unpolitik besetzt. Neben dieser Tatsache fällt der Umstand, daß Bue und Harnisch das Präsidium bzw. die Justiz weiter verwalten werden und Heide die Finanzen übernehmen wird, relativ wenig ins Gewicht. Das Steuer ist scharf nach links geworfen, und der Chemnitzer Flügel der SPD. hat gemeinsam mit der USP. in Sachen einen stählernen Erfolg errungen.“

Dem neuen Kabinett wird allgemein kein langes Leben prophezeit. Obwohl Totgesagte in der Regel sehr alt werden, glauben auch wir nicht, daß die Regierung ein bißliches Alter erreichen wird.

Landeskulturrat.

Am Montag trat in Dresden der Landeskulturrat, bekanntlich die Interessensvertretung der sächsischen Agrarier, zu seiner 64. Gesamtsitzung zusammen. An den Verhandlungen, die sich natürlich darum drehten, wie den „notleidenden“ Landwirten wieder auf die Beine zu helfen sei, nahmen auf Vertriebe der Staatsregierung teil. Die Männer von Ar und Galm verstehen es meisterhaft, die Interessen der Allgemeinheit mit den agrarischen Sonderinteressen in einer Weise zu verquiden, daß man oftmals beinahe glauben könnte, den Herrschaften ginge das Wohl des Volkes über alles, wenn die rauhe Wirklichkeit damit nicht im krassen Widerspruch stände.

Zunächst hielt der Vorliegende Paul Mehnert eine schwingvolle Begrüßungsrede, in der er auf die Schwierigkeiten hinwies, die die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Landwirtschaft mit sich gebracht hat. Er sprach dabei viel vom gegenseitigen Verstehen, das allein geeignet wäre, von beiden Seiten, Produzenten und Konsumenten, benannte Fehler wieder auf zu machen. Die Kartoffelkrise sei über alles Maß aufgetrieben worden, was den Herren Agrariern, die eine Kartoffelstetigkeit am eigenen Leibe noch nicht kennen gelernt haben, gern zu glauben ist. Er lobte den Vorkämpfer der sächsischen Landwirtschaft, da bis Ende November etwa 50 Prozent Kartoffeln abgelehrt worden seien, mehr als im ganzen Wirtschaftsjahr 1919/20, eine Behauptung, deren Richtigkeit sich natürlich nicht ohne weiteres nachprüfen läßt, jedenfalls steht die Tatsache fest, daß die Großstädte auch heute noch unter dem empfindlichsten Kartoffelmangel leiden und viele Kreise der Bevölkerung ohne jeden Wintervorrat dastehen. Mit der Brotpolitik des Jahres steht es nach den Ausführungen des Oberagrars noch viel schlimmer aus. Die Ernte sei geradezu eine Misere gewesen. Die Weltreformierte könne das Manko wegen unserer Finanzlage und der schlechten Valuta nur schwer ausgleichen.

Das Bedenklichste an den neuartigen Zukänden sei aber der Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion überhaupt, der im wesentlichen verursacht werde durch die Verarmung des deutschen Bodens an Pflanzenernährstoffen. Die Landwirtschaft habe sich nicht den nötigen Kunstdünger kaufen können, wobei er sich auf die Denkschrift des neufränkischen Landwirtschaftsministers stütze. Diese Behauptung ist nur bedingt und nur bis zu einem gewissen Grade richtig, denn es ist eine Tatsache, daß gerade die Landwirtschaft in den Kriegsjahren sehr auf die Ernte zurückgegriffen hat. Der Reichsernährungsminister Hermes hat am Montag im Reichstag erklärt, daß die Preise für Düngemittel nur um wenige Prozent gestiegen sind, während die landwirtschaftlichen Erzeugnisse um mindestens das Doppelte in die Höhe gegangen sind. Die Landwirte sind deshalb, von geringen Ausnahmen abgesehen, sehr wohl in der Lage, den allerdings im Preise recht ansehnlichen Kunstdünger kaufen zu können, sie wollen aber nicht, weil ihnen im Interesse höherer Preise an einer Verarmung der Produktion gar nichts liegt. Sie treiben bewußt Sabotage ohne Rücksicht auf den Schaden, den dadurch die Allgemeinheit erleidet. Es kann deshalb nur als elende Hauschick bezeichnet werden, wenn Herr Mehnert die Landwirte aufhorcht, ein Ergebnis abzulesen, alles zu tun, was einer besseren Ernährung des deutschen Volkes dient. Gleichzeitig gab er die Schale seines Hornes über die vielfachen gewaltsamen Einriffe in die Kartoffelkulturräte der Bauern seitens der bünarischen Volksgenossen aus. Die Landwirtschaft brauche Ruhe und Ordnung, andernfalls der Bauer die Lust und Liebe verliere, überhaupt noch etwas zu tun.

Am Vorabend des Interesses stand der Bericht des Ständigen Ausschusses über Begleitmaßnahmen beim Uebergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft.

Der Berichterstatter, Gutsherr Friedrich (Hirschfeld), bemerkte zur Kartoffelkrise, daß durch eine wütende Hege durch die Presse die Massen aufgeschreckt worden seien. Manche Kommunalverbände hätten diese Hege noch unterstützt. Leider sei die Regierung nicht mit der erforderlichen Energie dagegen eingeschritten. Am diesem Treiben entgegenzutreten, sei es zu der Hilfsaktion des Landeskulturrates gekommen. Die Dresdner Volkszeitung habe aber in einem Artikel unter der Signatur „Das Millionenopfer der Kartoffelbauern“ das Unternehmen in Mitleid gebracht, das Landesprelsamt habe in dieselbe Kerbe gehauen, und so sei es gekommen, daß die Zustände nicht gemildert wurden, sondern sich noch verschlechterten. Nachdem so der Sündenbock für das Scheitern jener Hilfsaktion glücklich gefunden und die Landwirtschaft von jeder Schuld an dem Kartoffelstetigkeit der Großstädte rein gewaschen worden war, bemerkte der Berichterstatter, daß ihm die Verhinderung der Zwangsbewirtschaftung gegenüber dem jetzigen Chaos in der Kartoffelwirtschaft doch lieber gewesen wäre. Das sagen die Herrschaften jetzt, wo sie ganz genau wissen, daß ein Zurück so leicht nicht mehr möglich ist. Was von solchen Reden zu halten ist, setzt auch die ganz offen ausgesprochene Drohung, daß die Anbaufläche im nächsten Jahre ganz bestimmt zurückgehen wird, wohl es der Landwirtschaft nicht möglich sei, den Zentner Kartoffeln zum Preise von 20 M. abzuweihen. Es forberte Befassung von Kontingent zu erheblichen Preisen, restriktive Bekanntheit der Preise für 1921 (werden die Preise nicht hoch genug sein, soll offenbar polireit werden) und Befassung von billigen Kunstdüngern. Wenn nicht schnell etwas geschieht, so wird — wie der Herr sagte — die Landwirtschaft verfluten!

Der Vorkämpfer, Gutsherr Schünfeld (Königsrain), besprach nun rein agrarischen Gesichtspunkt die Fleischversorgung, wobei er die hohen Fleischpreise in der Großstadt darauf zurückführte, daß die Fleisch- und Gasmilch in der Stadt jeden Preis für ein Schwein bieten, bloß um wieder einmal

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

Die einzige Gelegenheit, die Jimmie hatte, um über die Geschehnisse zu sprechen, ergab sich am Samstagabend in einem Laden am Kreuzweg. Die Leute, mit denen er hier zusammentraf, waren ein neuer Typus für ihn — derart verschieden von den Fabrikarbeitern, als stammten sie von einem andern Planeten. Jimmie war gewohnt gewesen, sie als „Heuschrecken“ zu verachten, und hielt sie instinktuell für Ueberreste vorhistorischer Zeiten; daher konnte er auch nicht lange ihren Reden lauschen, ohne sie ausfallen zu lassen. Als erstes verkündete er, die Arbeiter seien um sein Haar besser als die Deutschen. Dies wurde auch geglaubt, denn sie hatten alle aus ihren Schulbüchern die „Briten“ haben gelernt und wußten nur wenig über Franzosen und Italiener. Als jedoch Jimmie behauptete, die amerikanische Regierung sei genau so schlecht wie die deutsche, daß alle kapitalistischen Regierungen um Auslandsmärkte und dergleichen blunder einen Krieg begünstigen, erhob sich ein allgemeiner Sturm der Entrüstung. „Sie behaupten, amerikanische Heere würden das tun, was die Kreuzen in Belgien getan haben?“ Und als Jimmie mit „Ja“ antwortete, erhob sich ein empörter Bürger und sagte: „Hören Sie, junger Mann, Sie täten besser daran, heimzugehen. Sie könnten leicht einen Teer- und Hebermantel angepaßt bekommen, wenn Sie historis Ihr Maul laufen lassen.“ Jimmie verstummete; als er mit seinen Einkäufen den Laden verlassen wollte, folgte ihm ein wehaariger alter Mann, der seinen Worten gelauscht hatte. „Wir haben den gleichen Weg, jungen Sie mit mir.“ Jimmie kletterte in den Einkaufswagen, während die magere alte Nichte durch die Sommernacht trotzte, fragte der Kutschierende Jimmie über sein Leben aus. „Wo sind Sie aufgewachsen?“ Wie kann ein Mann, der so lange in Amerika gelebt hat, sein Vaterland so schlecht kennen?“ Der alte Farmer hieß Peter Drew, er war in der ersten Schlacht von Bull Run dabei gewesen, hatte mit dem Heer in

Nord-Virginia bis Richmond gekämpft. Er wußte, wie sich amerikanische Heere benehmen, konnte Jimmie von einer Milton freier Männer berichten, die zu den Waffen gegriffen hatten, um die Ehre ihrer Nation zu wahren, und nachdem dies vollbracht, wieder still an ihre Arbeit zurückgegangen waren. Jimmie hatte die Genossen Mary Allen, die Duckerin, sagen hören: „Gewalt hat noch nie etwas in Ordnung gebracht.“ Diesen Ausdruck wiederholte er jetzt, und der andre entgegnete, kein Amerikaner dürfte dies behaupten, denn gerade sein Land beweise am besten den historischen Wert einer guten Tracht Prügel. Gewalt hat die Sklavenfrage gelöst, der Gewalt ist es zu verdanken, daß heute selbst im Süden kein Mensch zu finden sei, der die alten Bedingungen zurückwünschte. „All dies wußte Jimmie nicht, wie er ja überhaupt nichts über Amerika wußte. Der alte Mann bemerkte, es erschrecke ihn zu sehen, daß das Land seine Söhne in so völliger Unkenntnis der Seele Amerikas aufwachsen ließ. Die ganze zühnreiche Tradition war für Jimmie ein leeres Ding. Die Soldaten, die gelebt hatten, um das Land zu befreien, seine Freiheit zu wahren — er kannte weder ihre Namen, noch die großen Schlachten, die sie geschlagen. Des alten Mannes Stimme kitzelte, er legte seine Hand auf Jimmies Arm.“

Der kleine Sozialist suchte sich zu rechtfertigen. „Auch ich habe meine Träume, kämpfe für die internationale Freiheit — mein Patriotismus wird nicht durch ein einziges Land begrenzt.“ „Das ist ja ganz schön und gut, — meinet der andre. — Weshalb aber die Leiter fortstoßen, auf der wir emporgekommen sind? Weshalb nicht die beste Seite des Landes erkennen und sich in diese wenden?“ Dann erzählte er Jimmie von einer Rede Abraham Lincolns die er selbst gehört hatte, und wiederholte Ansprüche des großen Mannes: Keine Jimmie daran zweifeln, daß Abraham Lincoln sich der Herrschaft Wall-Street wiederholte hätte? Wenn aber eine Nation von Männern wie Lincoln aufgebaut und geformt worden, weshalb ihr ins Gesicht schlagen sie anspielen, bloß weil es in ihr irdische, irdische Menschen gibt, die gegen das Ideal der Freiheit und Demokratie kämpfen?“

Der alte Farmer lebte etwa eine Meile von Jimmie entfernt und forderte diesen auf, ihn zu besuchen. Am Sonntagmorgen um 10 Uhr ein frühgeheuliches Kleid an, Jimmie verpackte die beiden Kleinsten in den Kinderwagen, nahm Jimmie juniors die kleine Hand in die seine; und die ganze Familie strebte die staubige Landstraße entlang dem Farmhaus zu, das des alten Mannes Vater erbaut hatte. Frau Drew war eine glitt blühende, etwas milde aussehende alte Frau, in deren farblosen Augen herzlichste Gastsfreundschaft lächelte. Sie holte einen Koch reifer Weischede und pfanderte freundlich mit Lizzie über Kinderpreise, während Jimmie und der alte Mann, im Schatten einer großen Ulme stehend, über amerikanische Geschichte sprachen. Jimmie lautete Erzählungen von Kämpfen, Gefanmissen, ungeheurem Heldentum und Selbstaufopferung. Dieser hatte er lausagen den Krieg nur von außen betrachtet, nun begann er zu begreifen, daß ein Mann sein Heim und seine Lieben verlassen, kämpfen, leiden und sterben konnte, um das Land, an das er glaubte, zu retten. Noch etwas anderes fiel ihm auf; dieser alte Mann war Soldat gewesen, hatte vier Jahre hindurch gekämpft und dennoch keine Wunde nicht verloren. Er war sanft, glitt, großmütig, sprach in Worten, die Jimmie bisher verstanden hatte, eine gewisse Wärme. Es war unmöglich, einen solchen Mann nicht zu achten; allmählich überkam Jimmie eine Ahnung, daß es vielleicht tatsächlich so etwas gäbe, wie die Seele Amerikas, von der Peter Drew sprach. „Welcher bestand doch nicht das ganze Land aus Wall-Street-Spekulanten, bestechlichen Politikern, Politikern mit Knäueln und Goldboten mit Bajonetten, die stets bereit waren in den Leib der Proletarier zu fahren, wenn diese ihre Lage verbessern wollten“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Montagsabend. Der Strom neuer Künstlernamen, der durch unsere Konzertsäle flutet, reißt nicht ab. Soll unsere Gesellschaft wirklich instand sein, das Angebot zu verdauen. In vier Tagen vier Klavierabende sind doch wohl etwas viel selbst für

ein Schlachtfest veranstalten zu können. Er behauptete, daß Anzeichen für ein baldiges Abflauen der hohen Fleischpreise vorhanden wären.

Er brachte folgenden Antrag ein:
Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Kartoffelerzeugung ließ sich nicht mehr länger aufrechterhalten. Der zwischen den Vertretern der Landwirtschaft und dem deutschen Staatsapparat vereinbarte Abschluß von Lieferungsverträgen hätte zweifellos eine bessere Versorgung der Verbraucher mit Kartoffeln gewährleistet. Bedauerlicherweise haben jedoch die Stadtverwaltungen die von ihnen selbst geforderte Menge in Höhe von 12 000 000 Zentner zunächst nur zu einem bescheidenen Bruchteil in Anspruch genommen. Anstatt der durch die ausgeübten Lieferungsverträge beabsichtigten Festigung des Kartoffelmarktes entstand eine große Verwirrung und Unsicherheit, die eine zielbewusste Versorgung und eine gesunde Preisentwicklung von vornherein unmöglich gemacht haben. Erhöht wurde dieser Mißstand in Sachsen noch besonders durch das Vorgehen des Landespreisausschusses, dem durch seine lokalen Sonderaktionen die Hauptstadt beigegeben werden muß, daß die Großstädte ungenügend mit Kartoffeln versorgt werden konnten. Trotz dieser Vorkommnisse kann von einer Rückkehr zur Zwangswirtschaft keine Rede sein. Eine Gesundung der Verhältnisse wird nur herbeigeführt werden, wenn Erzeuger und Verbraucher mehr als bisher unmittelbar in geschäftliche Beziehungen treten, die aber nicht durch unbefugtes Eingreifen behördlicher Stellen gestört werden dürfen.

Auch auf dem Gebiete der Versorgung mit Fleisch, ist die Befreiung der freien Wirtschaft der einzige Weg, der die Bevölkerung genügend mit gutem Fleisch versorgt und auf die Preisgestaltung allmählich einwirkt, daß sowohl der Konsument Qualitätsfleisch preiswert kaufen kann, als auch der Erzeuger wieder zur Viehmast angetrieben wird.

Es kam zu einer mehrstündigen Debatte, in der Ministerialdirektor Dr. v. Hübel erklärte, daß die sächsische Regierung im Reichsrat allein gegen die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung bei Fleisch und Kartoffeln gestimmt habe. Was sie befürchtet, sei eingetreten: ein Zustand, der dringend der Abhilfe bedürfe. Die Regierung sei dem Landespreisausschusse dankbar, daß es mit solcher Energie in die Kartoffelpreiskonflikte eingegriffen habe. Das Scheitern der Hilfsaktion der Landesaktion sei auf die Sonderaktionen der Landwirte in den einzelnen Bezirken zurückzuführen. Der Gefahr, daß die Kartoffelanbaufläche zurückgeht, sei sich die Regierung bewußt, es solle deshalb den Wünschen nach billigerem Saatgut und Dünger und baldiger Bekämpfung der Preise für landwirtschaftliche Produkte im nächsten Jahre nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Die Mißstände in der Fleischversorgung hätten hauptsächlich ihre Ursachen darin, daß erhebliche Mengen Getreide in den Schweinetrögen wanderten. Die Fleischpreise seien so hoch, daß das Publikum zum großen Teil gar kein Fleisch kaufen könne und die Fleischerei deshalb nicht los werden. Infolgedessen verlage sogar der Großhandel, indem die von Bayern beschlagnahmten 1700 Stück Grosvieh nicht mehr hereingenommen werden können. Die Fleischpreise stiegen im allgemeinen keine ständige Tendenz, eher diese mit einem weiteren Steigen gerechnet werden. Diesen Verhältnissen könne die sächsische Regierung nicht länger unaktiv zusehen. Es werde dieser Tage eine Verordnung über Preisbildung für Schlachtvieh herauskommen, wonach den Händlern bei Strafe verboten ist, gewisse Preise zu überschreiten. Ein Ausschuss aus Erzeugern, Händlern und Verbrauchern werde die Preise festsetzen.

Generalsekretär Dr. Schöne richtete Angriffe gegen das Landespreisausschuss, Dekonomikat Böhmme wandte sich dagegen, daß man immer von den Landwirten Hilfsaktionen verlange, und forderte, daß man sich einmal an andere Berufe wende. — Direktor Schmidt: Wenn man die Rede des Direktors Müllers vom Landespreisausschuss in Zukunft gebilligt habe, dann sei es kein Wunder, wenn die Leute wild wurden und sich die Kartoffeln selbst holten. Ein anderer Redner, Dekonomikat Reichel aus Elstertal bei Bautzen, erklärte, durch die Kartoffelfrage sei das ganze Vertrauen des Bauernstandes zur Regierung verlorengegangen. Im nächsten Jahre würden die Landwirte nur sozial Kartoffeln anbauen, als sie selbst brauchen. Ein anderer Redner verteidigte sich gegen die Behauptung, der Minister Schwarz hätte die Arbeiter aufgefordert, sich die Kartoffeln selbst vom Lande zu holen, wenn sie mehr als 25 Mk. zahlen sollten.

Die Regierungsvertreter hatten demgegenüber alle Hände voll zu tun, die angegriffenen Stellen gegen die meist heftigen Unterstellungen und Verhöhnungen in Schutz zu nehmen. Es wurde den Agrarhülfsaktionen auch gesagt, daß der Grund der Selbsthilfe der Verbraucher der gemeine sei, daß die Landwirte sich nicht an die durch getroffenen Preisverordnungen gehalten hätten, worauf der Vorsitzende — herbeizuhelfen! — erwiderte, was können zusammengekauftene Erzeuger und Verbraucher ändern an Verträgen, die Dritte und Nichtingezogenen abgeschlossen hätten.

Schlüssig wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Glauchau. Wohnungsuchende Verlobte und Wohnungsnachweis. Der Stadtrat macht bekannt, daß in die Liste der Wohnungsuchenden künstlich junge Leute, die die Ehe schließen wollten, nur dann aufgenommen werden, wenn der Bräutigam das 25. Lebensjahr vollendet hat; die bereits in die Liste eingetragenen Verlobten werden, soweit der Bräutigam das vorerwähnte Alter noch nicht erreicht hat, wieder gestrichen.

Leipzig. Die Dummen werden nicht alle. Das jetzt wieder einmal folgender Vorfall, durch den eine Geschäftsinhaberin von einer fremden Frau um 3200 Mk. geprellt wurde. Die Frau hat Spigen an und offenbarte sich im Gespräch als „weiße Frau“. Die Geschäftsfrau vertraute sich ihr an. Sie mußte einen schwarzen Zwirnsaden holen, in diesen sechs Knoten knüpfen und dem 18. Jahre inschen, dabei 1000 000 auf dem

Leipzig, das sich eines guten Namens für solche Kost erfreut. Man merkte das an der Besucherzahl recht deutlich. Offentlich merkten es endlich einmal auch die, die es in erster Linie angeht, die Künstler selbst, und legen sich etwas mehr Zurückhaltung auf. — In Viktor von Frankenberg lernte man einen zweifellos begabten jungen Pianisten kennen, der mit seiner ausgearbeiteten Technik, seinem feinen musikalischen Geschmack und seiner von einem sehr persönlichen Verhältnis zur Musik zeugenden Programmwahl schon recht Beachtung verdient und noch viel mehr verdient. — Cella Dilsch hingegen ist noch recht schülerhaft besungen und sucht dies durch übertriebene Ornamentierung zu verdecken. Sie hätte noch ein paar Jahre warten sollen, ehe sie vor die Öffentlichkeit trat. — Alexander Krenleff verpricht — das zeigte auch dieser zweite Klavierabend deutlich — einmal ein echter moderner Virtuos zu werden dessen Stärke im technisch-phantastischen Gestalten liegt. Zu Chopin allerdings reicht seine musikalische Gestaltungskraft nicht aus

3. Vortrag von Dr. Déri über die Hauptmeister der italienischen Renaissance. Der Vortrag wurde etwas matter als die beiden ersten der Vortragsreihe. Zumindest stand er formal rednerisch nicht auf der sonst von Déri gewohnten Höhe. Der Redner zeichnete kurz den Weg, den die italienische Plastik im 14. und 15. Jahrhundert nahm, und wies auch hier das innige Zusammengehören des künstlerischen Empfindens mit der sozialen Struktur der Zeit nach. Auf dem Gebiete der Plastik ist es Donatello, der wie in der Malerei Masaccio das kraftvolle Empfinden der in diesen Jahrhunderten machtvoll empfortretenden Humanität zum Ausdruck bringt. In bewusster Aufsehnung gegen die gotisch-archaische Reaktion unter Giovanni Danti und Ghirlandajo ist die gewaltige Sprache der monumentalen Plastik, die später Michelangelo zur Vollendung brachte. Der Redner führte von den Augenwerken mit ihrem Sturm und Drang bis zu den abgeklärten und greisenhaft-archaischen gewordenen Spätwerken des Künstlers. Es war von höchstem Interesse, zu sehen, wie viel Licht die materialistische Kunstaus-

weise liegen mußten. Die wundergläubige Ledenthaberin hatte natürlich auch diese 1800 Mk. herbeigeholt. Damit die Worte ihre Wirkung nicht verfehlten, mußte sie noch weitere 1800 Mk. auf den Tisch legen. Die 3200 Mk. sollte sie der fremden Frau bis zum andern Tage mitgeben, dann würde das Mehl besorgt sein. Sie sträubte sich dagegen, tat es aber doch noch. Die Wunderfrau aber — kam nicht wieder.

Aus der Umgebung.

Borsdorf. Morgen Donnerstag, von 1 bis 4 Uhr, werden von der Bezirks-Wohlfahrtsstelle Mütterberatungsgstunden im Frauenheim abgehalten. Die Mütter von Borsdorf und Umgebung werden gebeten, sich mit ihren Kleinen bis zu 2 Jahren dort einzufinden. Die Ärztin der Wohlfahrtsstelle wird die Kinder untersuchen und den Müttern Rat erteilen. Kosten entstehen den Eltern nicht. Die Beratungsgstunden werden öfter wiederholt, so daß die Kleinen gewissermaßen in ärztlicher Behandlung und Fürsorge bleiben. Die Bezirks-Wohlfahrtsstelle darf nicht mit der Fraueneins-Wohltätigkeit verwechselt werden.

Reichstag.

Berlin, den 7. Dezember 1920.

Am Regierungstische: Dr. Wirth, Hermes.

Auf der Tagesordnung stehen Anfragen.

Ein Gesetzentwurf über die einheitliche Lehrerbildung im Reich auf Grund des Artikels 143, Absatz II der Verfassung — Anfrage des Abg. Hellmann (Soz.) — konnte, wie Staatssekretär Schuk mitteilt, noch nicht vorgelegt werden, weil noch zwischen dem Reich und den Ländern über die Kostenfrage verhandelt wird. Sobald diese befriedigend gelöst ist, wird der Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Schimmelpfennig (Dnat. Sp.) über die Gehaltszahlung an den Schriftsteller Kagenstein durch das Reichswirtschaftsministerium, bei dem er gar keine Arbeit geleistet habe, erwidert Staatssekretär v. Janczies, daß Kagenstein allerdings als Mitglied der Nationalversammlung durch seine parlamentarische Tätigkeit bei seiner Arbeit im Reichswirtschaftsministerium beurlaubt worden sei. Er habe jedoch nach Auflösung der Nationalversammlung selbst auf der Lösung verschiedener Fragen im Ministerium mitgewirkt, bis er im Sommer d. J. in den Reichstag gewählt wurde. Da seine Tätigkeit seitdem nicht voll ausgenutzt werden konnte, wurde ihm Ende September zum 31. Dezember 1920 gekündigt. Das Gehalt mußte ihm nach dem Abkommen mit den Angestellten des Ministeriums bis zu diesem Zeitpunkt weitergezahlt werden.

Die Aufrechterhaltung des militärischen Ortszuges der Stadt Hannover durch den Oberbürgermeister Leinert und ihre Unter- stützung durch städtische Geldmittel, die nach einer Anfrage des Abg. Barch-Hannover (U. Soz.) den Reichsgesetzen widerspricht, erklärt die Regierung für eine preussische Angelegenheit; die Reichsregierung ist aber bereit, die Anfrage an beantworteten, sobald das preussische Ministerium des Innern die Unterlagen dafür gebracht hat.

Die Erhöhung der Renten der Friedensrentenempfänger, die vor 1914 im Militärdienst beschädigt wurden — Anfrage Bauerberg (U. Soz.) — soll durch ein in Vorbereitung befindliches Gesetz erfolgen.

Das Raponstenergesetz geht an den Steuerauswahsuh. Zum Gesetzentwurf über die Erhöhung der Anbezahlungen der Beamten stellt Präsident Voelke fest, daß trotz einer schon fast-jährigen Vorbesprechung die Beratung noch nicht stattfinden kann, da eine Anzahl neuer Anträge erst gebildet werden muß. Die 2. und 3. Lesung wird aber noch in dieser Woche erfolgen.

Darauf folgt die Fortsetzung der Aussprache über den Etat des Reichsernährungsministeriums. Dazu ist ein Antrag Aberhold (U. Soz.) auf Einsetzen eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der gegen den Minister Hermes erhobenen Vorwürfe eingegangen; ferner ein Antrag Müller-Franken (Soz.) über einen Gesetzentwurf zur Uebernahme der Kunsthandlungsproduktion auf das Reich.

Abg. Blum (Zentr.) beklagt die gestrigen Vorgänge, die den Eindruck mangelnder Ruhe und Würde hervorgerufen hatten und zur Erschütterung der Reichsanstalt beigetragen gezeichnet waren. Redner billigt dann in drei angelegten Ausführungen die Politik des Reichsernährungsministeriums, insbesondere in der Frage der Forderung der Zwangswirtschaft und in der Auflösung der Kriegsgesellschaften. Mit dem Vorschlag Braun bin ich der Meinung, daß das Umlageverfahren die bessere Erfassung des Getreides ermöglicht. Eine Ausfuhr von Stroh darf unter keinen Umständen gebildet werden, solange nicht der deutsche Bedarf befriedigt ist. Die Sozialisierung der Düngemittelindustrie ist kein geeigneter Weg zur Vermehrung der Produktion. (Beifall rechts und im Zentr.)

Abg. Krüger-Hoppentube (Dnat. Sp.) nimmt Stellung gegen die „gewissen sachlichen persönlichen Angriffe“, die der Abgeordnete Braun als preussischer Landwirtschaftsminister gegen Minister Hermes vorgebracht hat, und meint dazu, es wäre an der Zeit, solchen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten und eine Regierung zu schaffen, die es versteht, die gekündete Autorität wieder zu heben. — In das Ressort des Ernährungs- und Landwirtschaftsministeriums gehören nicht nur Inlandsfragen, sondern auch wichtige außenpolitische Fragen, der Versailles Vertrag genau so wie das Abkommen von Spa. Der Ausbau unseres Wirtschaftslebens ist nur möglich, wenn wir die Auswirkungen dieser einzelnen Verträge genau erkennen. Unsere ganze Ernährungspolitik ist falsch einseitig. Es genügt nicht, allein eine gesunde Ernährung

auszuüben, sondern es muß auch die individuelle Entwicklung des einzelnen Übertragenden Genies wirt.

Einen Weihnachtabend veranstaltet die Deutsche Dichters-Gedächtnisstiftung am 10. Dezember, 8 Uhr, im Sächsischen Kaufhaus. Elsa Tegner wird Weihnachtsmärchen vortragen.

Theater in der Laubstummennacht. Am 12. und 13. Dezember, nachmittags 6 Uhr, finden in der hiesigen Laubstummennacht, Leipzig-Thonberg, Karl-Stegemann-Straße 2, wieder Theateraufführungen taubstummer Kinder statt. Zur Aufführung gelangt Nischenbrödel, bearbeitet und in Musik gesetzt nach dem bekannten Märchen. Die Aufführungen sollen den taubstummen Kindern eine Stunde kindlich heiteren Genusses bieten, ihren Geist anregen und ihre besondere Veranlagung einer mitsprachigen Darstellung auch nach dieser Seite hin ausweiten. Bei dem großen Interesse, das auch in weiten Kreisen Erwachsener dafür besteht, einmal ein Stündchen im Kreise taubstummer Kinder zu erleben und ihrem frohen Spiele zuzuschauen, sind die Aufführungen öffentlich Eintrittslos und beim Wächter der Tafel und vor jeder Aufführung am Saaleingang zu haben.

Eingelaufene Schriften.

Meiner Gahrds mystische Schriften. In unsere Sprache übertragen von Gustav Landauer. Neu herausgegeben von Martin Buber. Karl Schnabels Verlag, Berlin W. 9.

Dostojewskij, Der Spieler. Roman. Aus den Aufzeichnungen eines jungen Menschen. Deutsch von Oskar Schmelzer. Volkerverband der Bücherfreunde. Wegweiser-Verlag, Berlin W. 50.

Tribüne der Kunst und Zeit. Herausgeber Kasimir Edlmann. Erich Kell's Verlag, Berlin. Nr. 18/19: Paul Colin, Fluch des Sieges. Nr. 21: Henri Barbusse, Auf der Wahrheit! Nr. 23: Max Krell, Manifeste des Brüderlichen Geistes.

sondern es muß auch an der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die ganz von den örtlichen Verhältnissen und von den Eigenart des Bodens abhängig ist, gearbeitet werden. Es müssen alle Ursachen der landwirtschaftlichen Mängel erfaßt werden. Das Umlageverfahren wird ohne Zweifel eine bessere Abrechnung herbeiführen. (Beifall.) Redner wendet sich dann aufs schärfste gegen die Sozialisierung der Düngemittelindustrie. Eine wirkliche Debung der Produktion ist nur möglich durch ein enges Zusammenarbeiten zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft. (Beifall rechts und in der Mitte — Zwischenrufe links.)

Abg. Dufche (D. Sp.) ergeht sich in einer scharfen Kritik über die Angriffe Braun gegen Hermes und spricht letzterem das Vertrauen aus. Redner kritisiert weiter die Unfähigkeit des früheren Ernährungsministers Schmidt, der ein Rohr im Winde gewesen sei. Die Denkschrift Brauns, so gut sie auch klingt, hat einen Pferdeschuh; sie arbeitet hin auf die Sozialisierung der Kunst- obergerproduktion, gegen die wir auf das schärfste Stellung nehmen. Ehe man Spezialgesetze machen kann, muß das Reichslandwirtschaftsministerium geschaffen werden. (Lebhafte Beifall h. d. D. Sp.)

Abg. Herz (U. Soz.): Im Namen meiner Fraktion lege ich Verwahrung gegen das Auftreten des Reichsanwalters in der gestrigen Sitzung ein, der sich einen unstatthafte Eingriff in die Rechte der Abgeordneten geleistet hat. (Sehr richtig!) Das Verhalten des Anwalters ist um so auffälliger, als z. B. harrische Minister in Wort und Tat sich erhebliche Angriffe gegen Reichsminister gestattet haben, ohne daß der Herr Reichsanwalt dagegen eingeschritten wäre. Wenn der Herr Reichsanwalt des weiteren Schritte androht hat, die sich in dieser Richtung bewegen, so wird er ungenügend Widerstand finden. (Beifall links.) Die Autorität der Reichsregierung wird untergraben durch das Verhalten und die Politik des Herrn Reichsernährungsministers. (Sehr wahr! links.) Redner kommt dann auf den Fall Ramm-Augustin zu sprechen und stellt fest, daß die Untersuchung im Haushaltsausschuss vollkommen einseitig zugunsten des Reichsernährungsministeriums geführt wurde. (Sehr richtig!) Die Rede des Herrn Ernährungsministers ließ jeden Plan, jedes System und jedes Ziel vermissen, genau so wie die Rede des Reichswirtschaftsministers. (Sehr richtig! links.) Das ist kein Zufall, sondern Kennzeichen der Politik der ganzen Regierung, die sich nur von augenblicklichen Zweckmäßigkeitsgründen nicht aber von großen Gesichtspunkten leiten läßt. (Sehr richtig!) Die Freigabe der Wirtschaft war von verhängnisvoller Wirkung und hat nur den Landwirten und dem Handel ungeheuren Gewinn eingetragen. (Sehr wahr!) Dabei hat z. B. der Herr Minister den Landwirten, die schon abgeleert hatten, den später erhöhten Betrag nachgezahlt, und das in einem Augenblick, in dem man erklärt, daß eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung unmöglich sei. (Hört, hört!) Wir sind nie grundsätzliche Anhänger der Zwangswirtschaft gewesen und sind es auch heute nicht, denn Zwangswirtschaft hat mit Sozialisierung gar nichts zu tun. (Sehr richtig!) Aber was sie während des Krieges und heute noch unentbehrlich macht, das ist einerseits der Druck auf die Produzenten und andererseits die Ermöglichung des Kaufes durch die Konsumenten. (Sehr richtig!) Die prophete Folge erhöhter Produktion durch die freie Wirtschaft hat sich überall als leeres Gerücht erwiesen, das nur dazu gebient hat, die Einführung der freien Wirtschaft schmackhafter zu machen. (Sehr richtig! links.) Ich meine, die Regierung hat gar nicht die Absicht gehabt, die Zwangswirtschaft bei den wichtigsten Erzeugnissen aufrechtzuerhalten. Die letzten lebenden Zustände sind zurückzuführen auf den spätesten Abbau der Zwangswirtschaft. Vor Freigabe der Wirtschaft hätte die Brot-Getreide- und Kartoffelerzeugung sichergestellt werden müssen. Statt der Reserve von 2 Millionen Tonnen Brotgetreide waren nur 1,5 Millionen Tonnen vorhanden. (Sehr richtig!) Der Redner widerlegt zahlreich die Behauptungen der Abg. Krüger und Dufche, wonach die Landwirte ihre Pflicht getan, ihnen aber nicht genügend Drucklohe zur Verfügung gestellt worden sei. Die Statistik beweist, daß in einzelnen Regierungsbezirken, in denen genügend Drucklohe vorhanden war, die Landwirte auch nicht einen Zentner Brotgetreide abgeliefert. (Hört, hört!) In Ostpreußen muß die Reichsgetreidestelle alle möglichen Zwangsmittel anwenden, um die Landwirte zum Verkauf des vom Jahre 1919 (Unerhört!) noch ausgelassenen Getreides zu veranlassen. Das sind die Folgen einer groß angelegten Produktion der agrarischen Reaktionäre. Besonders groß ist der Stand in Bayern, angetrieben durch die Dregel's Leute, die für die erträumte zukünftige Macht genügend Getreidevorräte sammeln zu müssen glauben. Bekannt sind auch die Widerstände der Mühlenverbände gegen die behördlichen Kontrollmaßnahmen. Wenn die Zwischenrufe auf die russischen Zustände hinweisen, so sage ich, daß diese keine Entschuldigung sein können für die planlose Wirtschaft bei uns. (Sehr richtig!) Zu dem neuen Wucher- und Schleichhandelsgesetz haben wir kein Vertrauen. Die Vorkämpfer des Herrn Ministers gegen die linke Seite des Hauses bewachte nur eine Ablenkung von den Gesetzen und der Unmöglichkeit, der staatlichen Autorität Geltung zu verschaffen. Die Haltung des Herrn Ernährungsministers in den letzten Wochen steht im schärfsten Widerspruch zu seinem Bekenntnis, mit dem er sich in die Nationalversammlung eingeführt hat. (Sehr wahr!) Aus dem Verfechter der Zwangswirtschaft ist ihr Gegner geworden. Die Ursachen liegen darin, daß er bei seinem Eintritt den Widerstand der gesamten agrarischen Kreise gegen sich hatte und dadurch zur rückwärtigen Preisgabe seiner Vorkämpfer sich zwingen ließ. Nicht die Freiheit vom Oktober 1920, sondern die agrarische Post vom Dezember 1919 hat die ersten Angriffe wegen des Falles Augustin, des Möbelkaufs, der Strohstoffgeschichten usw., ohne Widerspruch veranlaßt. Ruhe trat erst dann im agrarischen Winterwalde ein, als der Herr Minister eine andre Politik betrieb. Die notwendige Erhöhung der Produktion, eine gerechte Verteilung der Produkte und eine genügende Versorgung der Bevölkerung kann nur durch die Sozialisierung der Landwirtschaft erreicht werden. (Beifall links — ironischer Beifall rechts.)

Reichsernährungsminister Dr. Hermes wendet sich vor allem gegen die Darstellung des Falles Ramm-Augustin. Redner verleiht dann nochmals die Aufhebung der Zwangswirtschaft Ernährungsminister besonders für Fleisch, die z. B. auch Baden unter dem sozialistischen Ministerium Kemmle für notwendig hielt. Die Einfuhr wird soweit als irgendmöglich in den Dienst der Ernährungsindustrie gestellt, dabei bietet aber nur die Einfuhr des legalen und lakundinen Handels die Gewähr, daß der Austausch im Ausland zum Nutzen der deutschen Wirtschaft geschieht. (Sehr richtig! in der Mitte und rechts.) Wir kommen nun denn zu einer Steigerung der Erzeugung, wenn wir die Zwangswirtschaft abheben, dem hat auch längst der Landwirtschaftsminister Braun Ausdruck verliehen, als er erklärte, daß die Zwangswirtschaft hemmend auf die Produktion einwirke. Redner wendet sich dann gegen die persönlichen Ausführungen des Abg. Herz, und erklärt, daß er denselben keineswegs als Richter über seine sachliche Meinung anerkennen könne. Zum Schluß verteidigt der Minister nochmals die stufenweise Aufhebung der Zwangswirtschaft, die ganz nach nicht entzweit werden könne. (Lebhafte Beifall rechts und in der Mitte. Unruhe links.)

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag, 2 Uhr, Tagesordnung: 2. Beratung des Reichshaushaltes, Fortsetzung der heutigen Aussprache. Abkommen mit der Schweiz.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag, 2 Uhr, Tagesordnung: 2. Beratung des Reichshaushaltes, Fortsetzung der heutigen Aussprache. Abkommen mit der Schweiz.

Gewerlichkeitsbewegung.

Eine Drohung an die Postangestellten. Ein Bureau meldet aus Berlin unterm 6. Dezember. Eine Vorlage über die Erhöhung des Feuerungs- und Lichts zu den Kinderzulagen für die Beamten liegt dem Reichstag zur Beschlussfassung vor, mit besten Zustimmung zu rechnen ist. Die Fertigstellung der neuen Ortsklasseneinteilung wird mit größter Beschleunigung betrieben. Weiter

Hentze Lampen

Neumarkt-Ecke
: Kupfergasse :
Preiswertes Angebot:

Gas:
Zuglampen von 185 Mk. an
Pendel von 85 Mk. an
Tischlampen von 60 Mk. an
Brennmaterial

Elektrisch:
Zuglampen von 75 Mk. an
Pendel von 85 Mk. an
Tischlampen von 95 Mk. an
Nachtischlampen von 65 Mk. an
Glühlampen Drahtgestelle

Mil.-Schuhe, neue (Gr. 30)
gebr. Schlichtschuhe (Gr. 27) v. l.
Karl-Deine-Strasse 72. II. r.
Militär-Schuhe, Rot und
Weisse u. verk. Schlecht,
Kochstr. 31. I. r. Heintze
Knickstiefel, n. 6.27, 2004, 201.
Sch. Riara-Weid-Str. 32. II. l.

en gros Parle. en detail
Schuhwaren.
Alndorfstr. 27. 300. 50. von
sowie herr. u. Dam.-Stiefel
kauft man gut und billig
Goldbahngässchen 4. I.

Sport-Winter, 350.-4. neu,
mod. Jod-Anzüge, br. u. bl.
el. Cutaw. m. gstr. 300. 476.
gstr. 15. Burgstr. 13. II. l.

**Sport-Winter
Winter-Paletot
Sackell-Anzüge**
Dosen, gelb. u. schwarz,
Sackells, Westen
neu und getragen, billig
Madewik neben
Victoria
Bismarckstr. 33. I. Etage

M.-Hebers, aut. erh. f. 14-16-
jahr bill. Simlidenstr. 8. II. r.
Aus Radlach: W.-Hebersich,
na. Hole u. Weite Stehmicke,
38-39 verk. Arbeitst. bill.
Sophtenstr. 44. Restaurant
Herrn-u. Frauenbesucher
Seiden-Bluse, Kostüm-Kopf,
unterhalt. Damen- u. Kinder-
garderobe. Wittoldstr. 11. I. r.
Purshenüberzieher zu verkf.
Vindenaue. Vagnerstr. 4. I. r.

Cutawan mit gestreift. Hole
375.- u. 375.-
2 Anzüge Erdstoff, aut. erh.
175.- u. 375.-
Wlter gestreift. Hole 125.-
u. 150.-. Wlter. 110.
verk. Demmeringstr. 72. II. l.

2 Anzüge, le 200. Cutaw.
Hole 250. Wlter 150. Wale 175.
Wlter. 300. Dol. Nürnberg Str. 7. I. r.

Cutaw. m. gestr. Hole 350
Wlter. Wlter. 250. 250u.
375.-4. Gehrod. Ans. gestreift.
Dol. 125u. 150. Lanna Str. 10. I. r.

Gelegenheitskäufe!
Manchesterhol. Kinderholn.
Knaben- u. Burischen-Anzüge
Wlter. Roben-Joppen, Unter-
holn. Anzug- und Wlter-
stoffe. 1 Winter-Damenhut,
Damen-Wlter, ein Wehen
Romane und Märchenbücher
usw.

Leipz. Sellerhausen
Kronenstr. 8.
Damen-Heimden 25.-
Beinfelder 26.-
Schürze 20.-
Herrn-Heimden 25.-
Heimden u. Hemd m 14.-
Heimdenbaum m 18.-
Bettheug u. Kissen 140.-
Harmen-Bettuch 35.-
Sand- u. Wischuch 6.-
Koblaartenstr. 29. I. l. r.

Heidersdorf, Veri., Rommb.
h. Blaw. Schmeidestr. 7. v. l.
Wegenerstr. 1. I. r. Alndorf.
100. eger. Veri. 450. 1111.
Alndorf. 250. Rommb. 160-175.
gr. Spiel. m. Rom. 350. 2. I.
75. Wl. etag. Wlter 75. Wlter.
n. a. Wl. 1. Kdbeit. m. Wl. Wlter.
m. m. Wl. z. Cilenbahnstr. 6. p.
Ruhb. Schrank u. Perito.
neu. edlt. preiswert zu verk.
Schönef. Dimselstr. 21. II. r.

Korbmöbel Gelegen-
heitskauf!
Wollteftrahe 44. Laden.
Küche, Stiel, geb. 500. 4.
1. u. Tischl. Bett u. Matr.
bill. u. Feiler Str. 38. II. l.
Küche, Stiel, hell gelblich,
zu verk. Breite Str. 12. II. r.
Küche 550. Veri. 550. Aus-
sticht. Schreibe, Stühle
Krahl. 3. Hohere Str. 57.
Küche, gebr. Veri. Schrank,
Wl. übersteher. Wl. Wlter
bill. Sternwartenstr. 43. I. l.
Küchenstr. verkauft billig
abends 7 Uhr an Anger.
Wolltauer Str. 43. II. Mitte.
2 Küchenstühle, n. of. Wlter.
Küchenhainer Str. 138. v. l. r.
Küchen- u. Stoff-Sofa verk.
billia Gehefeldstr. 21. I. l.
Sofa und Chaiselongue
zu verk. Wollteftrahe 44. Laden.
Kettl. m. Wl. ath. u. of. Wlter.
Hellen-Dombur. Str. 4. II. r.
K. G. Herrbitt. in ar. Puppen-
wag. Puppe of. Körnerstr. 14. p.
K. avier, aut. erh. f. 14. verk.
3. beicht. n. 12-3 ab. n. 5 an.
Dittmar, Schlecht. Neath. I.

Must-Sprech-Apparate
herabgelachte Preise!
Schallplatten Aisen-
Stiele das Neuheit!
Musthous Stern 36.
Windmühlentstraße 36.
Sprech-Apparate, Schall-
platten die neuheit. Schlag
kaufend billig.
Franko. Habet 44.
Mandoline, aut. u. verkauft
Lind. u. Grohmannstr. 9. I. r.
Mähmaschine, ab. gut. verk.
h. Meth. Frankfurter Str. 22. *
Sine. Mäh. w. neu. bef. bill.
nt. Wintergartenstr. 7. 5. I. l.
Mähmaschine, noch neu. u. 2
Herrn-Fahrräder m. Freilf.
of. Tauchaer Str. 24. Restaur.
6. Rad m. Freilf. lehr. bill. a. of.
Wintergartenstr. 7. 5. I. l.
Zweirädrigen Handwagen u.
schöne Kuppenfläche verkauft
Dahnefamm l. b. IV. rechts.
Sübenweg. Nürnberg. Str. 13. I. r.
Eleg. Kinderwagen, auterh.
gepost. Klapptuhl bill. a. of.
Bl. Merleburger Str. 2. II. r.
Guterh. Kinderwagen, Belg.
garnitur f. Kind. Spielachen
Neulöhnef. Sosastr. 7. II. r.
Kinderwagen. Pedlar. m.
Gu. I. gut erh. prom. zu verk.
Kleinwischer. Klnstr. 8. I. r.
Klappwagen m. Verb. aut.
Weber Pl. Obermannstr. 12. II.

Wuschwannen
70 cm v. 50. an. Badew. 45. 4.
u. verk. Wollteftrahe 44. Laden.
Beien Blumengel verkaufte
1. Posten Tischläuge
verfälschter Füllons und
Stärken. Spantische Stuhl-
u. Kinderstühle. Kuch.
Hemling-Str. 27. I. Etage.
Gr. Fielesch. Puppenstb.
Stell. Leer od. möbl. Burichen-
schube, neu, Gr. 38. bill. u. verk.
Lind. Gutsmuthstr. 22. p. I.
Kanonosen m. Rohr. Büll-
osen m. Rohr bill. zu verkf.
Bl. Merleburger Str. 2. II. r.

Wuschwannen
70 cm v. 50. an. Badew. 45. 4.
u. verk. Wollteftrahe 44. Laden.
Beien Blumengel verkaufte
1. Posten Tischläuge
verfälschter Füllons und
Stärken. Spantische Stuhl-
u. Kinderstühle. Kuch.
Hemling-Str. 27. I. Etage.
Gr. Fielesch. Puppenstb.
Stell. Leer od. möbl. Burichen-
schube, neu, Gr. 38. bill. u. verk.
Lind. Gutsmuthstr. 22. p. I.
Kanonosen m. Rohr. Büll-
osen m. Rohr bill. zu verkf.
Bl. Merleburger Str. 2. II. r.

König. Querstraße 27.
Umständlicher lehr. billia!
Pupp. 25 Küche 25. Stuhl 60.
Schautel. 50. Verdest. verk.
Neulöhnef. Wlterstr. 16. I. r.
Pupp. b. Wlter. Str. 68. I. l.
2 gebr. Kinderklappstühle of.
Grtz. Herrn. Weier-Str. 21. p. I.
Kinderstühl. u. Wlter. of.
Schönefeld. Dimselstr. 42. I. r.
Puppenfläche, fast neu. billia.
Deubla. Vindenaue Str. 49. p. I.
Puppenfläche, Impl. a. Wuppe
u. verschiedene Spielachen.
Co. Klemmstr. 10. p. r.
Puppen-Küche, Tischstoll.
Zither zu verkaufen. Dersch.
Gobla. Mendelstr. 28. I. r.
Puppenküche, Küche Kinder-
klappstuhl billia Geblich.
Dresdner Str. 68. 5. III.
Edon. Puppenküche m. Wlter.
dar. Wintermantel. Wlter.
von 10-12 3. tabellos erh.
f. zul. 100 Wlter. absue. v. 12-2.
Gobla Beaumontstr. 1. III. r.
Puppenb. wcl. Kommod.
vern. Täp. Konradstr. 5. II. r.
Rot. Puppen. II. Puppenw.
verk. bill. Reichelstr. 37. I. l.

Gelegenheitskauf!
Puppenwagen
aus
vorjährigem
Einkauf
welt unter
heutigem
Preis.
Groblager Popp
Panorama Rodplatz 5
Mädl. Pass. Neumarkt 14.

Achten Sie auf Wells exirasstarke Dauerwäusche!
Sie sparen viel Geld! Brühl 15.

Knospentube, Kamm, Sand-
rolle, Akkumulatoren, re
zu verk. Konradstr. 8. II. l.
Heisendes Puppenhäuschen,
feinen roten Hut f. 14-16jahr.
verk. billigst Brandstr. 25. IV.
Dampfmaschine m. 7 Mod. ic
f. 175. u. Grahndorf. Str. 28. I. r.
Dampfmaschine billia an of.
Kocherstr. 3. III. a. Kallervort.
Dampfmaschine, Elektrom.
Phot. App.ahr. Promma II.
Poppma. Pl. Kaiserstr. 45. I. l.
Wochensmaschine für Knaben,
of. bill. Reud. Osttr. 13. II. r.
Eisenk. Handw. 17. III. r.
Elegant. Scharfseferd.
Puppenwagen mit Gummi.
Puppenstühle billia zu verkf.
Bl. Merleburger Str. 2. II. r.

Büflosen m. Rohr bill. u. verk.
Vind. Albertinerstr. 88. IV. r.
Kochfen verk. f. m. 5-7 II.
Klisch. Bahnholstr. 2a. III. r.
Wetz. Kugelmaschine b. a. verkf.
Entr. Wittenba. Str. 16. I. r.
Ritt. 100/70/100 Wollstiel. 25. 5. p. I.

2 Schöferhündinnen, 8 Wochen.
verk. Klisch. Vanitzstr. 8. II. r.

Kaufgeuche
Kriegsanleihe
kauft und verwertet bis zum
Nennwert. R. Debi.
Weilstr. 61. Sreda. 9-5.

Maie u. Dani Tauben
große Auswähl
Extra billig!
Tauben - Börle.
Bernior. 10044.

**Eisenbein-
Billardbälle**
auch beschädigte, Eisen-
bälle u. verk. in hohen
Preisen Hotel Wartburg.
Kochstr. 10. — Verkauf nur
Donnerstag, den 8. u. Freitag,
den 10. d. Ms. von 10-6 Uhr.

Möbel
Moderne
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen
Gediegene Arbeit
Sollide Preise
Josef Hirsch
Zeltzer Straße 6 b

Dampfkesselof. Schaffh. Gr 29
kauft Ab. Cächlertstr. 9 p. I.
Gehrocka Zug o. Cutawan
auch einzeln!
Konfirm. Ans. Jagel-Ans.
Leihhausheine, Wll. Sach.
I. Dahn. Lanna Str. 10. I. u.
Vind. Demmeringstr. 72. II. l.

Kaufe Herren-Garderobe
Wlter. Saden.
Bett- u. Hebm. Leihhausm.
Klnt. Kantische Gasse 6. v. l.
Herrn- u. Damen-
Garderobe. Leih-
hausheine, Wliche aller
Art. Federbetten. Schuhe,
ausse Nachlässe. Nummer,
Reichstr. 14. I. l. T. 11527.

Kaufe getr. Herr. u. Damen-
Gard. Leihhaus. Wliche,
Schuh, Arbeit, Gardinen,
Teppiche, Möbel, Kuch.
Vind. Obermannstr. 4. p. I.

Achtung!
Alle u. neue Herr. u. Damen-
Gard. Wliche, Möbel, Schuhe
Beiten, Gold und Silber,
Teppiche, Gardinen, Wliche,
Fahrräder, sowie a. Wliche,
kauft ledersit.

Fr. Willeles Kohlenstr. 12
Vorkingstr. 12
Tel. 18150
Bettwäsche, Sandl. Weiss.
Federbet. auch belegg. Sofa,
Schrank, Sittell. Mäh. neu
p. gebr. Licht Wlter. Kreuze,
Bauische Str. 42. II.

Wlter. Sandl. u. Weiss.
3. aut. gel. Ellenstr. 95. v. l. r.
Wliche, oder Plissole, Tisch,
Sittliche, Schreib. etri. Bettl.
m. Wlter. Wlter. Kuch.
kauft Vange Str. 44. v. l. r.
Kommode u. Sofa zu verkaufen.
off. m. Preisangeb.
u. Z. 41 an d. Exped. d. Bl.

Piano gebraucht aber aut-
erhalten, zu kaufen
gekauft. Offerten unt. V. 39
Expedition bis. Blatte erb.

Schallplatten
abgeliebte und verk. kauft
Meth. Frankfurt Str. 22.

Alte, auch gebrochene
Grammophonplatten
an Tagespreisen
kauft a. Selbstverbrauch.
Schallplattenfabrik
Isi- Werke
Velpsig, Deffauer Str. 26
Tel. 418. Straßenb. 21

**Gilt abgeliebte
Grammophon-**
**Platten zahlr. stets
Tagespreise**
Musikhaus Merkur
Petersstr. 17
(Laden im Hof) und
Musikhaus Stern 36
Wladimilertstraße 36

Alte und gebrochene
Schallplatten
besitzt am besten
Slog. Sell. Weiblichstr. 15.
am Dithelm, Straßenbahnstr.
Wabrgeld extra vergütet!
Kinder- od. Klapp. m. Wlter
u. ff. gel. Off. m. Fr. Beschler,
Co. Auerbachstr. 2. II. r.

Kaufmannladen
zu kaufen gelucht
Bauische Str. 27.

**Gold-
Silber-
Platinware**
sowie
Zahn- Gebisse
Quecksilber
Alt-Metalle kauft
Schuster & Heise
Bayersche Str. 20. *

Brillanten
Gold-
Platin- und
Silbergerät
kauft zu Tagespreisen
Immerglück 1.
Ranstädter Steinweg 13

Kupfer, Blei
Messing, Zinn
kauft G. Heise
Lurnstraße 13.

Adolf Rechenbach
Detail-Einfaul. H. Aufen-
arterstraße 6 — Tel. 13210
kauft Kuppen, Pavlcrshille
Metalle, Knochen u. Fische,
Belt. Abgabelet f. Dautler.

Bestor. d. Sonnad. 3 Sonntag.
Kochfr. bis Neudorf. Str. c.
Kuchbor. Weg. Belohn. ab.
Vönlia. Köthliche Str. 13. I.

Vermisste Anzeigen
Besuch. d. Sonnad. 3 Sonntag.
Kochfr. bis Neudorf. Str. c.
Kuchbor. Weg. Belohn. ab.
Vönlia. Köthliche Str. 13. I.

Skatspieler finden immer
zu Anst. in
Berliner Str. 26. Wlter. S. Scler.

Kommissionslager
in Zigarren, Cigaretten etc.
verkauf Off. u. 3. 32. Exp. d. Bl.

**Wlter. Weib. Institut für
Frau, Gehr.**
smolnansche, Zöllnerstr.
Hela. Überstr. 29. n. l.
Edo Reiter Str. im Bantel.

Wlter. eleg. Herrenmoden
Wenden u. Reparatur. empf. zu
bill. Preisen Friz Otwann,
Vindenaue. Reuterstr. 9. II.

Belwaren Kaufm. vllg.
Reparaturen Kaufm. billig
Einkauf von Wlter. oder Wlter.
Franko. Habet 44.
Wlter. Rep. u. marb. Kaufm.
Veri. Reud. Grenzstr. 5. II. r.

Wohnungen
Gr. 2. Lenitz. Stube od. 2 Leet
Zimmer m. Kochgel. v. Jung
Thep. gelucht. Off. erb. a. Mohu
Schönef. Stettinerstr. 11. II.

Blitz Petersstr. 17
Teleph. 9991
"Kunstoptiker"
Chem. reinit. nachf. arb.
Blitz Petersstr. 17
Teleph. 9991
Anzug büreln Wlter. 7.50
Anzug reinit. Wlter. 8.25

Herz Stiefel als **Weihnachtsgeschenk**
Haltbarkeit und Eleganz
: sind unübertrffen :
Paul Böhme Petersstr. 4-6
(Duppeld-Haus)

Schöne Weihnachts-Geschenke
Teppiche Auswahl unerreich.
Möbelstoffe in Gobel, Moquette, Cord usw.
Gardinen einfache und beste Sorten
Besondere Gelegenheit!
Sin Posten Schweizer Gardinen weit unter Einkauf
Dekorationsstoffe modernste Ausmusterungen
Decken Divan-, Tisch-, Schlaf- und Reisedecken
Die Preise sind in allen Lägern
ganz bedeutend ermäßigt!
G. H. Schrödter Leipzig :: Neumarkt 31/33
Neueingänge in Perser Teppichen
Baldige Besichtigung empfehlenswert